

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Verweigern Sie Ihre Beteiligung an diesem Krieg!

Der Nato Krieg und die BRD
S. 3,4,5

Mexiko:
Bergarbeiter suchen internationale Unterstützung
S. 6

Lager – Entrechtung und Entwertung führt zum Rassismus
S. 11

Sächsische Lausitz ohne Zukunft?
S. 14

Chaos im öffentlichen Dienst durch Lohn-diskriminierung – Ein Bericht aus Schweden
S. 16

Diskussion: Zur politischen Ökonomie der Ausländer-feindlichkeit
S. 19



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redateure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32 ... und Ost Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

URAN-GESCHOSSE. Die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) verlangen vom Verteidigungs- und Außenministerium eine Stellungnahme zu den Uran-Geschossen, die im Krieg gegen Jugoslawien durch die amerikanischen A-10-Thunderbolt-Flugzeuge eingesetzt werden und die von der UNO als Massenvernichtungswaffen bezeichnet werden. Im Irak sollen die „Warzenschwein“ genannten Flugzeuge erstmals 780 000 Schuß dieser Uran-Munition abgegeben haben. Wissenschaftliche Untersuchungen vor Ort belegen, daß Treffer der Projektile Uranoxid freisetzen. Dieses Pulver, das vom Wind leicht verteilt werden kann, hätte im Irak u.a. zu Totgeburten und Krebs geführt. Auch das sog. Golfkriegssyndrom, von dem u.a. 80 000 US-Soldaten betroffen sind und dem 4 000 US- und 160 britische Soldaten erlagen, soll durch die Uran-Munition verursacht worden sein. Die NATO hat den Einsatz der Waffen gegen Jugoslawien nach einer Erklärung der IPPNW nicht dementiert.

KONTINUITÄT. Ende März genehmigte der Bundessicherheitsrat die Lieferung von vier U-Booten des Typs U-209 an das türkische Militär. Die U-Boote werden von der Werft der Kieler Howaldtswerke als Bausatz geliefert und in der Türkei zusammengesetzt. Die Bundesregierung übernimmt für dieses Geschäft eine Bürgschaft von 324 Mio. DM. Und noch eine von der rot-grünen Koalition übernommene Tradition: Auf Anfrage der PDS hat die Regierung im März mitgeteilt, sie habe keine Erkenntnis über den Einsatz deutscher Waffen gegen Kurden in der Türkei.

„WACHSTUMSRESERVEN“. Im Postleitzahlenverzeichnis der Deutschen Post AG sind sämtliche Postleitzahlen mit den beiden Anfangskennziffern 05 und 11 nicht „belegt“. Auch „fehlen“ sämtliche Postleitzahlen mit den beiden Anfangsziffern 43 und 62. Die Deutsche Bundespost hatte Ende 1997 auf entsprechende Anfragen aus der Öffentlichkeit geantwortet, diese Anfangsziffern seien „für die Zukunft reserviert, um das System numerisch elastisch zu halten ... Wir sprechen in diesen Fällen von sogenannten Wachstumsreserven“. In einer Kleinen Anfrage wies die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke jetzt darauf hin, daß auf der „Übersichtskarte der Regionen“ im Postleitzahlenbuch der Deutschen Post die Postleitzahlgebiete mit den Anfangsziffern 05 bzw. 11 das Grenzgebiet zu Polen und der Tschechischen Republik betreffen, also Regionen wie die einstmals zum Deutschen Reich gehörenden Gebiete Pommern, Schlesien und „Sudetenland“, die Postleitzahlgebiete mit den Anfangsziffern 43 und 62 womöglich Grenzgebiete zu den Benelux-Ländern! Die PDS will von der Bundesregierung u.a. wissen, ob und gegebenenfalls warum Revanchistenverbände beim Bera-

tungsverfahren einbezogen waren und was mit dem Begriff „Wachstumsreserven“ gemeint ist.

„FRÜHWARNSYSTEM“. Mit dem Vorschlag, ein europaweites polizeiliches „Frühwarnsystem“ gegen sog. Schleuser einzurichten, will das Bundeskriminalamt in erster Linie seinen Einfluß auf die Sicherheitsapparate in den östlichen Nachbarländern weiter ausbauen. Durch „Optimierung“ des Informationsaustausches sollen, so das BKA, „Täterorganisationen und deren Vorgehensweisen“ ausgeleuchtet werden, tatsächlich die Fluchtwege weiter versperrt werden. Das wird die Flüchtlinge noch stärker als bisher solchen Schleusern ausliefern, die aus ihrer Not hohe Gewinne schlagen.

ERSTER SCHRITT? Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) wertet die in der vergangenen Woche in Hamburg beschlossene „Hamburg-Ehe“ als ersten Schritt auf dem Weg zur rechtlichen Gleichstellung für Lesben und Schwule. Gleichgeschlechtliche Paare können sich in Hamburg künftig beim Standesamt für 60 DM eintragen lassen, rechtliche Folgen hat das keine. Der LSVD fordert die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare. Die Regierungsparteien hatten im Koalitionsvertrag die „Einführung des Rechtsinstituts der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit Rechten und Pflichten“ für homosexuelle Paare festgeschrieben, werden einen Gesetzesentwurf jedoch frühestens zum Jahresende einbringen. Der SPD ist besonders wichtig, daß auch Pflichten festgeschrieben werden; umstritten ist das Adoptionsrecht. Die CDU wendet sich gegen die Forderung des LSVD, in der sie einen „Angriff auf die Ehe und Familie“ und eine „Diskriminierung (!) der kleinsten und wichtigsten gesellschaftlichen Zelle“ sieht, so Norbert Geis in einer Presseerklärung. Die PDS hat einen Entwurf ausgearbeitet, der mit dem Konzept der Wahlfamilie statt der „Homo-ehe“ die Gleichstellung aller Familienformen beinhaltet.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 15.4. gibt der Bundeskanzler eine Regierungserklärung zur Lage im Kosovo ab. Am 19.4. übernimmt der Bundestag den Plenarbereich Reichstagsgebäude mit Segnung des Gebäudes, die Regierung gibt eine Erklärung zur „Vollendung der Einheit Deutschlands“ ab. Am 22.4. steht der 50. Jahrestag der Gründung der NATO auf der Tagesordnung; dazu gibt es eine Regierungserklärung, anschließend werden kontroverse Anträge der CDU zur NATO und der PDS zur Europäischen Sicherheitsarchitektur statt Dominanz der NATO erörtert. Außerdem werden u.a. die Öffentlichen Gelöbnisse thematisiert und ein Antrag von SPD und Grünen zu einer Entschuldungsinitiative anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels der G7-Staaten.

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

Die Bundesregierung muß die Truppen aus dem Angriffskrieg sofort zurückziehen

In den Legitimationsversuchen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien spielt der Verlauf der Konferenzen von Rambouillet (6.–23.2.) und Paris (15.–18.3.) sowie die Weigerung der jugoslawischen Regierung, das Abkommen bzw. seine letzte Fassung zu unterzeichnen, die entscheidende Rolle. Die wochenlang geheimgehaltenen und erst jüngst dem Verteidigungsausschuß und der Öffentlichkeit bekannt gewordenen genauen Bestimmungen des militärischen Teils des Vertrages (s. Kasten) machen deutlich, daß die Westmächte von Jugoslawien nicht weniger verlangten als die bedingungslose Unterwerfung unter ein Besatzungsregime, d.h. die Kapitulation und Aufgabe der staatlichen Souveränität.

Das Militärabkommen: Kriegsziel und Kriegsgrund

Die Chronologie der Ereignisse gibt Aufschluß, wie die UCK, die ihre Militäraktionen nach dem Rückzug der serbischen Sicherheitskräfte im Zuge des Holbrooke-Milosevic-Abkommens vom Oktober 1998 verstärkt hatte, die NATO zu Hilfe holte und wie die NATO-Mächte die Konferenzen benutzten, um den Kriegsgrund zu schaffen.

In der zweiten Januarhälfte verpflichtete die Balkan-Kontaktgruppe unter Einschluß Rußlands die Konfliktparteien auf „Grundregeln“ für Verhandlungen. Nach diesen Regeln sollte über militärische Maßnahmen zur Durchsetzung einer Autonomie-Regelung, d.h. über die Stationierung einer internationalen Truppe, erst nach einer grundsätzlichen Vereinbarung verhandelt werden. Dementsprechend enthielt der Textentwurf der Kontaktgruppe mit Datum 27. Januar, der den Konfliktparteien zum Auftakt der Konferenz von Rambouillet vorgelegt wurde, keinen militärischen Implementierungsteil. Die jugoslawische Regierung unterzeichnete den Entwurf für die Autonomie-Regelung. Im Verlauf der Konferenz machte die Seite der Kosovo-Albaner jedoch deutlich, daß sie, wenn überhaupt, nur ein Abkommen unterzeichne, in dem eine NATO-geführte Implementierungstruppe vorgesehen ist. Erst daraufhin legten die fünf westlichen Mitglieder der Kontaktgruppe – entgegen anderslautenden Behauptungen ohne Rußland – entsprechende Textentwürfe vor, darunter den im endgültigen Entwurf vom 23. Februar enthaltenen militärischen Annex B, der u.a. die Stationierung von 28 000 NATO-Soldaten im Kosovo vorsieht. Ab dato bezeichneten die fünf westlichen Mächte den Entwurf für die Autonomie-Regelung und den Teil über die militärische Implemen-

tierung als „unauflösliches Paket“ und stellten die jugoslawische Delegation, zu der neben Regierungsvertretern auch Vertreter der sieben im Kosovo lebenden Nationalitäten (Serben, Montenegriner, Albaner, Muslime, Türken, Roma, Ägypter) gehörten, ultimativ vor die Alternative: entweder unterzeichnen – oder die NATO bombardiert Jugoslawien. Jugoslawien weigerte sich, den militärischen Teil zu unterzeichnen, auch nur darüber zu verhandeln. (Nach: Andreas Zumach in der taz vom 12.4.) Es ist der NATO-Medienregie gelungen, weitestgehend im dunkeln zu halten, daß die jugoslawische Regierung die Vorschläge zur Regelung der Autonomie des Kosovo aufrechterhält.

Die Gründe für das Scheitern der Verhandlungen liegen demnach bei der NATO und der UCK, die die vereinbarten „Grundregeln“ gebrochen und die Möglichkeit einer Autonomie und Frieden regelnden Abkommen spätestens am 23. Februar vernichtet haben. Wofür? Für das Ziel der Besetzung Jugoslawiens, der Aufhebung seiner staatlichen Souveränität. Dieses Ziel tritt mit der Veröffentlichung des militärischen Teils des Abkommens deutlich als der politische Zweck hervor, den die NATO-Mächte in Wirklichkeit verfolgen, erst auf dem Verhandlungswege, dann mit militärischen Mitteln.

Leidtragende sind die Menschen im Kosovo, die die NATO zum Spielball ihrer imperialistischen Interessen gemacht hat und die die Hauptlast des Krieges tragen. Wird der Krieg die Möglichkeiten eines friedlichen Zusammenlebens in einem autonomen Kosovo in einem souveränen Jugoslawien auf lange Sicht oder womöglich ganz vernichten? Das muß nicht sein, wenn die Kosovaren, die von ihrer angeblichen „Schutzmacht“ so furchtbar mißbraucht werden, aufgrund der Erfahrungen ihres Leidens den Mißbrauch nicht mehr hinnehmen. Und wenn Jugoslawien an dem politischen Teil des Rambouillet-Abkommens bzw. den dort vereinbarten Grundzügen festhält und mit den Kosovaren darüber Einigung erzielt. Die Erfahrungen des auch weiterhin friedlichen Zusammenlebens der vielen Nationalitäten außerhalb des Kosovo, von Serben, Montenegrinern, Roma, Albanern ... – allein in Belgrad leben z.B. 100 000 Albaner –, sind dabei hilfreich.

Zweck und Mittel

Nach mehr als zweiwöchiger Bombardierung aller Teile Jugoslawiens ist, trotz der gigantischen Lügenmaschinerie der NATO, die die Berichterstattung in den Medien beherrscht, unübersehbar, daß die NATO ein terroristisches Kriegskonzept verfolgt. Vor allem seit Beginn der

Dokumentiert: Aus dem Vertrag von Rambouillet

Artikel 6

- a) Die NATO genießt Immunität vor allen rechtlichen Verfahren ...
- b) Die zur NATO gehörenden Personen genießen unter allen Umständen und zu jeder Zeit Immunität vor der Gerichtsbarkeit der Konfliktparteien hinsichtlich sämtlicher zivil-, verwaltungs-, straf- oder disziplinarrechtlicher Vergehen, die sie möglicherweise in der Bundesrepublik Jugoslawien begehen.

Artikel 8

Das NATO-Personal soll sich mit seinen Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und seiner Ausrüstung innerhalb der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien einschließlich ihres Luftraumes und ihrer Territorialgewässer frei und ungehindert sowie ohne Zugangsbeschränkungen bewegen können.

Das schließt ein – ist aber nicht begrenzt auf – das Recht zur Errichtung

von Lagern, die Durchführung von Manövern und das Recht auf die Nutzung sämtlicher Regionen oder Einrichtungen, die benötigt werden für Nachschub, Training und Feldoperationen ...

Artikel 10

Die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien sollen den Transport ... der NATO durch den Luftraum, über Häfen, Straßen oder Flughäfen mit allen angemessenen Mitteln und mit Priorität ermöglichen.

Der NATO dürfen keine Kosten berechnet werden für die Starts, für Landung oder Luftraum-Navigation von Flugzeugen.

Ebenso dürfen keine Zölle, Gebühren oder andere Kosten erhoben werden für die Nutzung von Häfen durch Schiffe der NATO.

Fahrzeuge, Schiffe oder Flugzeuge, die bei der NATO-Operation eingesetzt werden, unterliegen keiner Verpflichtung zur Genehmigung, Registrierung oder kommerziellen Versicherung.



**Nach einem NATO-Angriff auf Pristina
(Bild: Spiegel Nr. 15)**

sog. zweiten Phase greift sie zielgerichtet strategisch wichtige Transportverbindungen und Brücken und zivile Flughäfen an, um die verschiedenen Teile Jugoslawiens voneinander zu trennen und Jugoslawien von seinen Nachbarländern abzuschneiden (infolge der Sperrung der Donau durch zerstörte Brücken stürzte auch Bulgarien in eine schwere Wirtschaftskrise). Sie zerstört wichtige Industrieanlagen, u.a. die Autowerke in Kragujeva, chemische Fabriken, Heizkraftwerke, Zuckerfabriken ... Sie bombardiert vorgeblich militärische Ziele mitten in Wohngebieten und zerstört dabei Kindergärten, Wohnhäuser, Einkaufspassagen; erst vor wenigen Tagen machte sie mehrere Dörfer in Südserbien dem Erdboden gleich. Sie terrorisiert die Bevölkerung, indem sie sie allnächtlich in den Keller zwingt.

Während allem Anschein nach die jugoslawische Armee in ihrer Beweglichkeit verhältnismäßig wenig beeinträchtigt wurde, wird vor allem die zivile Gesellschaft getroffen, werden ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungsmöglichkeiten auf Jahre hin zerbombt. Der NATO-Terrorkrieg spricht den vorgeblichen Zielen – Schutz der Menschenrechte der Kosovo-Albaner – Hohn und läßt sich nur durch den wirklichen politischen Zweck, die Unterwerfung Jugoslawiens und der Zerstörung seiner Unabhängigkeit, erklären.

Der Angriffskrieg gegen Jugoslawien als Präzedenzfall

Von Friedensorganisationen wird darauf verwiesen, daß der Angriffskrieg gegen Jugoslawien auch Präzedenzfall und Experimentierfeld für die neue NATO-Strategie ist, die auf dem NATO-Gipfel

Ende April beschlossen werden soll. Die Strategie soll dem politischen Zweck der Westmächte angepaßt werden, der allgemein als „Globalisierung“ bezeichnet wird und tatsächlich die Rekolonisierung der Welt mit modernen Mitteln und unter Verwendung modernen Vokabulars meint.

Mit dieser neuen Strategie geben die NATO-Mächte den bisher in der NATO-Charta verankerten Grundsatz der Verteidigung der territorialen Grenzen der Mitgliedsländer auf. Ihr brisantestes Element ist das Bestreben, zukünftig out-of-area-Einsätze ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates durchzuführen. Damit wird das geltende Völkerrecht definitiv unterminiert, die NATO ermächtigt sich selbst zum Angriffskrieg.

In diesem Zusammenhang dient, das ist ein besonders übles Kapitel, der NATO-Krieg gegen Jugoslawien auch der Waffenerprobung – der Zerstörungskraft der eigenen Waffen und der Abwehrkraft der vorwiegend russischen Abwehrwaffen. Ein vorläufiges Fazit zu diesem Zeitpunkt: Die NATO hält die Lufthoheit inne. Die Luftabwehr der jugoslawischen Armee richtet gegen die hochmodernen Angriffswaffen wenig aus. Wenn sich dies erhärtet, wird der dreiste Übermut der NATO noch zunehmen und werden Verabschiedung und vor allem Umsetzung der neuen NATO-Strategie schwer zu bremsen sein.

Die Bundesregierung muß den Angriffskrieg unverzüglich beenden

Mit zwei Weltkriegen hatte Deutschland unsägliches Leid über die Welt gebracht. Jetzt führt es, zusammen mit den anderen NATO-Mächten, zum dritten Mal in diesem Jahrhundert einen Angriffskrieg. Damit haben die Verantwortlichen nicht „nur“, wie auch die anderen NATO-Staaten, das Völkerrecht gebrochen, sondern den Nachkriegs-Konsens zerstört, der, als Schlußfolgerung aus der Niederwerfung des Faschismus, im Grundgesetz (vor allem Artikel 26) seinen Niederschlag gefunden hatte: *„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“* Zahlreiche Juristen haben Strafanzeige gegen die Bundesregierung gestellt und schlüssig nachgewiesen, daß die Bom-

bardierung Jugoslawiens den Tatbestand des Angriffskrieges erfüllt.

Schon der Kirchenvater Augustinus wußte, daß Staaten ohne Recht nichts als große Räuberbanden sind. Wenn es den Staatsmännern gelingt, sich von der Verfassung zu befreien, die sie fesselt, sind sie auf dem abschüssigen Weg zu Verbrechen. Mit dem Bruch der Verfassung und der entsprechenden Strafgesetze haben sich die Verantwortlichen bereits tief in Verbrechen verstrickt. Sie setzen den Angriffskrieg inzwischen auch zur Selbstrechtfertigung fort.

Das Parlament hat die Bundesregierung zum Angriffskrieg ermächtigt; dabei hatte die Regierung, durch Verheimlichung der militärischen Bestimmungen und damit des eigentlichen Zweckes, das Parlament getäuscht. Daß sich Schröder, Scharping, Fischer und andere, nach Veröffentlichung dieser Bestimmungen unter wachsendem Druck, daran machen, sich auf vermeintliche Bündnispflichten zu berufen, auf die Glaubwürdigkeit Deutschlands im Bündnis etc., nützt ihnen nichts. Es gibt keine Alternative: Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland muß auf den Boden der Verfassung zurückkehren, die Truppen aus dem Angriffskrieg sofort zurückziehen. Niemand will ihr streitig machen, wenn sie wirklich einen Beitrag zur friedlichen Konfliktlösung und vor allem auch zur humanitären Hilfe, insbesondere für die Kosovo-Flüchtlinge, leisten will – aber friedlich.

Nach einer ersten, kurzen Lähmung vieler Antikriegskräfte gibt es jetzt aus den verschiedensten Bereichen vielfältige Initiativen, öffentliche Aufrufe zur Verweigerung jeder Art von Beteiligung am Krieg, Demonstrationen in vielen Städten, tägliche Mahnwachen, Strafanzeigen, Unterschriftensammlungen und Erklärungen ... In den Kampf um die öffentlichen Meinungen mischen sich jedoch von seiten der herrschenden Politik – noch vage – Repressionsdrohungen gegen Antikriegskräfte. In zunehmendem Maße wird vor allem die jugoslawische Bevölkerungsgruppe in der BRD, immerhin einige hunderttausend Menschen, potentiell zum öffentlichen Feind er-



Aufruf an alle Soldaten der Bundeswehr, die am Jugoslawien-Krieg beteiligt sind

Verweigern Sie Ihre Beteiligung an diesem Krieg!

Wir rufen alle Soldaten dazu auf, sich nicht weiterhin an dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zu beteiligen. Dazu rufen wir die direkt an den Bombardements beteiligten Piloten, die Truppen in Mazedonien und alle an der Logistik der Kriegsführung beteiligten Soldaten auf – zum Beispiel im Verteidigungsministerium. Die Verweigerung kann sich auf Art. 4 Abs. 3 GG (Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen) oder auf § 22 Soldatengesetz stützen:

Befehle, die die Menschenwürde verletzen oder deren Befolgung eine Straftat bedeutet, dürfen nicht ausgeführt werden. Bei dem Krieg gegen Jugoslawien handelt es sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der gemäß Art. 26 Grundgesetz verboten ist. Die Völkerrechtswidrigkeit ergibt sich aus der UN-Charta, die auch für die Bundesrepublik Deutschland Gültigkeit besitzt. Nach Art. 25 GG sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts. Der gegenwärtige Krieg ist ein Verstoß gegen das Gewaltverbot der UN-Charta. Eine Ermächtigung durch den Weltsicherheitsrat hat es nicht gegeben. Eine solche wäre wegen der Weigerung Rußlands und Chinas auch nicht zustande gekommen.

Die Bombardements machen alle zu Opfern dieses Krieges, ob dies Soldaten oder Zivilisten sind. Die 2. Phase des NATO-Angriffs richtet sich vor allem gegen die Truppen der serbischen Armee. Jedoch werden von den Bombenangriffen Menschen in Serbien, Montenegro und im Kosovo unterschiedslos verängstigt, verletzt oder getötet. Im Schatten dieses Bombardements kön-

nen die Massaker und Vertreibungen im Kosovo weiter betrieben werden. Auch dort kann die NATO nur unterschiedslos serbische Truppen bombardieren, mit dem zusätzlichen Risiko, albanische und serbische Zivilisten in Mitleidenschaft zu ziehen. Ziel des Angriffskrieges sollte es sein, eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. Doch diese ist jetzt erst recht durch die NATO herbeigebombt worden. Am Sonntag, 28. 3. 99, sprach Verteidigungsminister Scharping von einem beginnenden Völkermord im Kosovo. Friedensbewegung und Friedensforschung hatten vor Kriegsbeginn genau hiervon gewarnt. Die ansatzweise erfolgreiche OSZE-Mission, die immerhin einen Puffer zwischen den Parteien bildete und Öffentlichkeit herstellte, mußte wegen des Krieges abgebrochen werden.

Nun gilt es, den Krieg sofort zu beenden. In Italien gibt es im Parlament deutlichen Widerstand gegen eine Fortsetzung des Krieges. Wenn die bundesdeutschen Parlamentarier sich scheuen, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, müssen die Soldaten selbst entscheiden und ihrem Gewissen folgen. Eine Beteiligung an diesem Krieg ist nicht zu rechtfertigen. Verweigern Sie deshalb Ihre Einsatzbefehle! Entfernen Sie sich von der Truppe! Lehnen Sie sich auf gegen diesen Krieg! Es ist nicht wahr, daß es zwischen Wegschauen und Bomben keine Alternative gibt. Statt den Krieg fortzusetzen, muß ganz neu verhandelt werden. Das ist nicht die Aufgabe der NATO. Die UN und Rußland müssen in die Suche nach einer konstruktiven und dauerhaften Konfliktlösung für den Balkan einbezogen werden. Es muß eine Lösung für die Konflikte auf dem Balkan gefunden werden, die nicht Krieg und mörderische Gewalt heißt, weder von seiten des jugoslawischen Staates oder der UCK-Guerilla noch von seiten der NATO-Staaten. Zugleich müssen alle Länder des Balkans von der EU wirtschaftlich massiv unterstützt werden. Dafür hätte man das Geld dringend gebraucht, das jetzt verbombt wird.

Es kann geschehen, daß sich weigernde Soldaten mit Verfahren nach dem Wehrstrafgesetz wegen Gehorsamsverweigerung, Fahnenflucht oder Meuterei überzogen werden. Wir werden in diesem Fall den Betroffenen nach unseren Kräften beistehen und in der Öffentlichkeit für ein Klima sorgen, damit eine strafrechtliche Verurteilung verhindert wird. Gemäß unserem Verständnis der Menschenwürde trägt jeder die Verantwortung für seine Entscheidung selbst.

Wir erklären zugleich, alle unsere Möglichkeiten zu nutzen, um Verweigerern und Deserteuren der jugoslawischen Armee oder der albanischen UCK zu helfen, insbesondere denen, die die Bundesrepublik Deutschland als Fluchtort erreichen. Es gilt: Aktive Soldaten sind potentielle Mörder. Und Opfer eines mörderischen Krieges. Deserteure und Kriegsdienstverweigerer jedoch sind Friedensboten.

Erstunterzeichnerinnen:

Wolfgang Hertle, Ulmenweg 26, 25451 Quickborn; **Pfarrer Hubertus Janssen**, Mainzer Straße 3, 65552 Limburg-Eschhofen; **Dr. Wilfried Kerntke**, Lehrstraße 8, 63075 Offenbach; **Brigitte Klauf**, Vogelsbergstraße 25, 60316 Frankfurt; **Armin Lauen**, In der Maar 40, 53175 Bonn; **Stephan Nagel**, Wohlers Allee 18, 22767 Hamburg; **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr**, Potsdamer Straße 41, 12205 Berlin; **Clemens Ronnefeldt**, Dorfstraße 3, 56288 Krastel; **Prof. Dr. Roland Roth**, Fronhoferstr. 3, 12165 Berlin; **Martin Singe**, Lennestraße 45, 53113 Bonn; **Manfred Stenner**, Bonner Talweg 211, 53129 Bonn; **Dr. Elke Steven**, Landgrafenstraße 47, 50931 Köln; **Volker Strom**, Alfred-Bucherer-Str. 18, 53115 Bonn; **Helga und Konrad Tempel**, Föhrenstieg 8, 22926 Ahrensburg; **Hanne und Klaus Vack**, An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal; **Dirk Vogelskamp**, Euskirchener Straße 95, 52351 Düren.

Diskutieren und verbreiten Sie diesen Aufruf – Starten Sie regionale/örtliche Unterschriftenaktionen zu diesem Appell und geben Sie ihn dann Ihrer örtlichen Presse – Beteiligen Sie sich mit einer kleinen Spende an der Aussendung und Verbreitung dieses Aufrufes: Sonderkonto Wolf-Dieter Narr, Stichwort: „Verweigerung“, Kontonummer: 267 106 106, Postbank Berlin (BLZ 100 100 10)



Hamburg: 4000 demonstrierten am 10.4.

Ausgrenzung und Abwehr bekräftigt

Am 19. März wurde der neue (zweite) Gesetzentwurf im Bundestag in 1. Lesung beraten. Das Bundesinnenministerium geht davon aus, daß das Gesetz bis Ende Mai verabschiedet ist und ab 1. 1.2000 in Kraft tritt.

Der erste Entwurf war bekanntlich zurückgezogen worden, weil er nach der Hessen-Wahl keine Mehrheit im Bundesrat bekommen hätte. Inzwischen ist bekannt, daß die Einführung des sog. „Doppelpasses“ – wenn politisch gewollt – nicht zwingend die Zustimmung des Bundesrates erfordert. Nach einem Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages vom 24.2. wäre es verfassungsrechtlich zulässig gewesen, die erste Vorlage zu splitten: in einen grundsätzlichen Teil, der nicht zustimmungspflichtig ist, „weil es zu einer qualitativen Änderung der Aufgaben“ der Länderbehörden nicht kommt, und einen zustimmungspflichtigen Teil, der Details des Verfahrens, z.B. die Gebühr der Einbürgerung, betrifft.

In der neuen Gesetzesvorlage ist von einer Reform des Staatsbürgerschaftsrechts nichts übriggeblieben. War der erste Entwurf wegen seiner Auschlussgründe inakzeptabel, aber positiv wegen der Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, ist dieses Recht jetzt gestrichen, und die Ausschlussgründe wurden verschärft. Über die wenigen Ausnahmen, in denen eine „Mehrstaatigkeit“ unbefristet akzeptiert wird, entscheiden die Behörden. Nur vorübergehend erhalten Kinder und Jugendliche die doppelte Staatsbürgerschaft unter folgenden Voraussetzungen: „Durch Geburt im Inland erwirbt ein Kind ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil 1. seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und 2. eine Aufenthaltserlaubnis besitzt.“ Zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr müssen sie sich dann schriftlich für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden. Ist es die deutsche, sind sie „verpflichtet, die Aufgabe oder den Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit nachzuweisen“. Das Gesetz gilt rückwirkend auch für Kinder, die zehn Jahre vor Inkrafttreten in der BRD geboren wurden. Für alle anderen Migrantinnen und Migranten wird die Frist für einen Einbürgerungsanspruch von bisher 15 auf künftig acht Jahre bzw. bei ausländischen Jugendlichen unter 18 Jahren auf fünf Jahre verkürzt. Außerdem wird von der Voraussetzung „Sicherung der Lebensunterhalts“ abgesehen, wenn der Ausländer aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grunde den Lebensunterhalt nicht ohne In-

anspruchnahme von Sozial- und Arbeitslosenhilfe bestreiten kann“. Ansonsten verschärft der neue Entwurf die Ausschlussgründe der ersten Fassung. Eine Einbürgerung wird jetzt bereits verweigert, wenn Grund für die „Annahme“ besteht, daß der Migrant verfassungsfeindliche Bestrebungen unterstützt oder wenn er „nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt“. Ob Ausschlussgründe vorliegen, entscheiden die Behörden nach Ermessen. Der behördlichen Willkür ist damit Tür und Tor geöffnet.

Die Gesetzesvorlage stellt gegenüber den Nichtdeutschen klar, daß gleichberechtigtes Zusammenleben und gleiche Rechte nicht erwünscht sind und daß „Deutschsein“ verdient werden muß durch Wohlverhalten und Anpassung. Sie grenzt aus, spaltet die ausländische Bevölkerung, unterstützt nationalistische Auffassungen und nützt der rassistische Unterschriftenkampagne, die CDU/CSU auch nach dem „rot-grünen“ Kompromißangebot wie erwartet weiterführen.

bab

Jugendarbeitslosigkeit

Die Guten ins Töpfchen ... der Rest: gesperrt!

Fast schon erwartungsgemäß meldet die Bundesanstalt für Arbeit Anfang April, daß das „Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“, das seit Jahresbeginn von den Arbeitsämtern umgesetzt wird, zu greifen begonnen habe.

Die Jugendarbeitslosigkeit habe sich infolge des Programms um 20 000 verringert. Im März seien 62 500 Jugendliche und Jungerwachsene ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz in Trainingsprogrammen der Arbeitsämter untergekommen. Ausbildungsverhältnisse seien im Zuge des Sofortprogramms bisher jedoch kaum abgeschlossen worden. (SZ, 9.4.)

Das allerdings wundert nicht, denn zwischen dem Anspruch – „allen jungen Menschen gleiche Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten“, wie es im Programm heißt – und der Wirklichkeit besteht ein großes Mißverhältnis. Von den 106 000 angepeilten zusätzlichen Maßnahmen entfallen max. 19 000 auf Ausbildungsmaßnahmen; vier Fünftel sind Warteschleifen und Vorberei-

tungs- bzw. Beschäftigungsmaßnahmen. Deshalb gibt es auch heftige Kritik am Sofortprogramm. Wir dokumentieren auszugsweise einen Artikel aus *quer* (April 99), einer Monatszeitung für Arbeitslose, und die Kritik einer Projektleiterin eines Beschäftigungsträgers an der noch einmal restriktiven Umsetzung des Programms in Hamburg. scc

Inhaltliche Vorstellungen: Fehlanzeige

Da für die Maßnahmen des Sofortprogramms keinerlei inhaltliche oder Qualitätsvorstellungen fixiert sind, legen routinierte Träger auch schon mal wieder Projektmatrizen aus den frühen 80ern vor und auf. ABM-Kombi, Berufsvorbereitungsjahr, VHS-Hauptschulabschlußkurse, mehr ABM, außerbetriebliche Tischlerausbildungen sind ja tatsächlich seit zwei Jahrzehnten geläufig ... Was als „Ausbildung, Qualifizierung oder Beschäftigung“ den Betroffenen – bei gleichzeitigem Angebot von Leistungskürzung – angedroht wird, ist so katastrophal wie zufällig und beliebig ... Da „wird unvermittelten Jugendlichen, die ausbildungsgerecht sind, ein Trainingsprogramm mit fundierter Eignungsfeststellung angeboten“, außerbetriebliche Ausbildung favorisiert und gleichzeitig erklärt, daß dann „bei Jugendlichen, die eine außerbetriebliche Ausbildung absolviert haben, ein besonderes Arbeitsmarktrisiko gegeben“ sei.

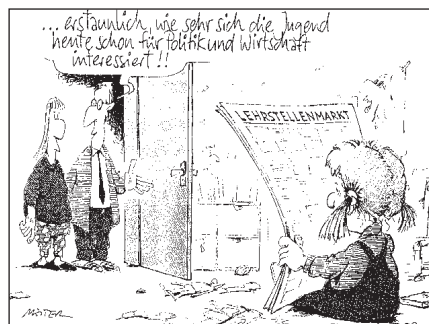
So werden Begriffe okkupiert und falsch besetzt, so daß Beschäftigung längst keine positiv assoziierte berufsspezifische, sondern als sinnentleerte Tätigkeit eine Kategorie der Pathologie und individueller Devianz ist.

Wo selbst die Zufut der Beschäftigungstherapeuten sich in Entledigung dieses Makels längst Ergotherapeuten nennt, bringt z.B. die Aachener Arbeitsamtschefin die Programmeinfalt auf den Punkt: „Wir wollen in diesem Jahr 1 500 Jugendliche von der Straße bekommen“, und der Oberbürgermeister sekundiert: „Von der Rasenpflege bis zum Ausheben von Gräben“.

In welchen Berufen sonst mit welcher Perspektive ausgebildet wird, bleibt dem Markt der Trägerangebote überlassen, und ob die Tausende neuen Schulbeschreiner und Gabelstaplerführerscheininhaber, städtischen Übergangsgärtnergehilfen und Betriebswochenpraktikanten, Absolventen von sozialpädagogischer Intensivtberatung, arbeitsamtlicher Turbovermittlungsbemühung und Trainingskursen auf Hauptschul-Abschlußkursanwärterschaft damit über die selbstverantwortliche Gestaltung ihres Erwerbslebens verfügen ..., will bezweifelt werden.“ *Auszug aus: Jürgen Lohs, Statt inhaltlicher Qualität: Floskeln, Phrasen, Worthülsen*

Maßnahmen gegen die „Leistungsunwilligen“

Statt zumindest die ganze Bandbreite der vom Bund vorgeschlagenen Maßnah-



men anzuwenden ..., verengte sich (in Hamburg – Red.) der Blick auf die Jugendlichen / Jungerwachsenen ... noch einmal erheblich. Es dominiert nun eindeutig der Versuch, die unliebsamen, ausbildungs- und leistungsunwilligen, konsumfixierten jungen Erwachsenen, die „faulen Häute“ eben (*taz* Hamburg v.15.1.99), vor die schlichte Alternative zu stellen: Zwangsberatung und Zwangstrainingsmaßnahmen – oder Kürzung/Streichung aller staatlichen Leistungen, vom Kindergeld über Arbeitslosengeld/-hilfe und Sozialhilfe. Motto: Wer sich nicht in den diversen Warteschleifen unterbringen läßt, soll auch nicht essen!

Systematisch sollen alle „unversorgten“ jungen HamburgerInnen angeschrieben und zunächst zur Teilnahme an den sog. Trainingsmaßnahmen ... aufgefordert werden. Zur besseren Koordination schreiben erst die Sozialämter ihre „Pappenheimer“ an, dann werden die Daten mit der Berufsberatung abgeglichen und der „Rest“ ebenfalls zur Teilnahme aufgefordert. So sollen alle (an ihren jeweiligen Meldeadressen) erreicht werden, in Hamburg immerhin 9 000 junge Menschen.

Zwar sind die ausgeguckten Träger der Trainingsmaßnahmen schon besorgt, was sie denn anbieten könnten, wenn die Jugendlichen und jungen Erwachsenen dort wirklich auftauchen. Meine Besorgnis gilt allerdings mehr denjenigen, die sich dort nicht sehen lassen möchten: Sie werden systematisch in die Illegalität getrieben. Kürzungen bzw. Streichungen bei Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe etc. müssen schließlich von den „Kids“ auf die eine oder andere Weise kompensiert werden.

Aber nicht genug damit, daß der größte Teil der erwerbslosen jungen HamburgerInnen durch dreimonatige Trainingsmaßnahmen geschleust wird und in Hamburg wie anderswo kaum nennenswert zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden sollen. Abgesehen von Warteschleifenangeboten (neben Trainingsmaßnahmen noch Berufsvorbereitung und QUAS, d.h. Schule plus Praktikum für 500,-/mtl.) soll nur ein Teil der Möglichkeiten des Bundesprogramms in Hamburg genutzt werden. So sieht Bonn beispielsweise bundesweit 20.000 tariflich bezahlte ABM vor, verbunden mit bis zu 50% arbeitsbegleitender und entlohnter Qualifizierung. Diese ABM werden, so haben Arbeitsamt und die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales entschieden, entgegen der Erklärung des „Hamburger Bündnisses für Arbeit und Ausbildung“ vom 15.1.1999 den 21- bis 25jährigen sozial und arbeitsmarktl. benachteiligten jungen Menschen in der Hansestadt ausdrücklich nicht angeboten. (...)

Auszug aus: Petra Lafferentz, Die Guten ins Töpfchen ... der Rest: gesperrt!, Forum für Kinder und Jugendarbeit

Mexiko

Bergarbeiter suchen internationale Unterstützung

Cananea ist eine kleine, aber traditionsreiche Kupfermine im nordmexikanischen Bundesstaat Sonora.

1906 gab es einen historischen Streik der Cananea-Bergarbeiter, der von der Diktatur Porfirio Diaz brutal unterdrückt wurde, ein Ereignis, das die mexikanische Revolution ankündigte. 1989 marschierte die Armee in Cananea ein; 5000 Soldaten besetzte die Stadt, um jeden Widerstand der Bergarbeiter und ihrer Familien gegen die angekündigte Schließung von Minen zu verhindern.

1990 privatisierte die Regierung die Minen und verkaufte sie für 450 Mio. US-\$ an Jorge Larrea, einen der reichsten Männer in Mexiko. Die Mine wurde auf 3 Mrd. \$ geschätzt.

Am 18. November 1998 beschloß die Bergarbeitergewerkschaft Sektion 65, in der sich die Cananea-Beschäftigten organisieren, den Streik. Nach Jahren hatten sie eines der für sie besten Tarifabkommen erzielen können. Doch das Unternehmen drohte die Schließung von lebenswichtigen Betrieben in Cananea an, was die Entlassung von 1000 Menschen zur Folge hatte. Gegen diese Entlassungen richtete sich der Streik. In Verletzung des Streikrechts wurde er für illegal erklärt. Äußerst problematisch war auch, daß die nationale Führung der Bergarbeitergewerkschaft, die mit der herrschenden PRI-Partei verbunden ist, den Streik ablehnte. So waren die Cananea-Bergarbeiterinnen monatelang harter Repression des Staates ausgesetzt.

Dagegen erhielten sie aus den nordmexikanischen Städten viel Unterstützung. An vielen Orten wurden Unterstützungskomitees gebildet, sogar in Arizona, USA. Solidaritätserklärungen kamen aus der ganzen Welt. Ein Solidaritätsschreiben kam z.B. von der rumänischen Bergarbeitergewerkschaft aus dem Jiu-Tal.

Eine Delegation des Streikkomitees der Gewerkschaft Sektion 65 reiste nach Mexiko City, erfuhr dort aber nur, daß die Arbeiter zur Arbeit zurückkehren müßten, ansonsten werde der Tarifvertrag ungültig und würden alle 2000 Arbeiter entlassen. Außerdem wurde damit gedroht, daß die Armee Streikbrecher in die Minen bringen werde. Zudem unterschrieb die Führung der Bergarbeitergewerkschaft ein Dokument, mit dem der Streikabbruch besiegelt werden sollte.

Daraufhin beschloß die Generalversammlung der Streikenden am 13. Februar 1999, die Minen zu besetzen. Die Arbeiter bestanden darauf, die Minen nicht zu verlassen, bis die Firma der Grupo Mecico ihre Forderungen „Die Minen

gehören uns, der Kommune und dem Volk Mexikos, und nicht den Milliardären und ihren ausländischen Freunden“, sagten sie. Am nächsten Morgen wurde die Stadt Cananea von Abteilungen der Polizei übernommen. Es gab Vorbereitungen, die Stadt durch die Armee einzukreisen. Unter diesem schweren Druck brachen die Bergarbeiter die Besetzung am 14.2. ab und nahmen die Arbeit wieder auf.

Dann aber wurde die Repression erst recht unerträglich. In den folgenden zwei Wochen wurden vier Produktionsstätten geschlossen und rund 1000 der gut 2.000 Beschäftigten entlassen. Dabei weigerte sich das Unternehmen, die im Tarifvertrag festgelegten Abfindungen zu zahlen. Außerdem wurden 120 Arbeiter als „Streikführer“ auf eine Schwarze Liste gesetzt. Den übrigen Arbeitern zog das Unternehmen Schadensersatzforderungen für den Streik vom Lohn ab, so daß sie bei harter Arbeit weniger als 2 \$ Lohn für die Woche erhielten, was zudem eine offene Verletzung des mexikanischen Arbeitsrechts darstellt.

Am 9. März sperrte die Firma Mexicana de Cananea die Wasserversorgung für die Stadtbevölkerung mit der Begründung, diese hätte die Streikenden unterstützt. Die Menschen befürchten den Ausbruch von Hepatitis und Cholera-Erkrankungen. Am 11. März besetzte die Frauenfront von Cananea gemeinsam mit Tausenden Stadtbewohnern die Wasserwerke und öffneten sie wieder. Die Firma eskalierte die Auseinandersetzung und unterbrach die Stromversorgung der Wasserwerke. Die Informationen, die diesem Artikel zugrunde liegen, stammen von Mitte März. Zu diesem Zeitpunkt war die Wasserversorgung nach wie vor unterbrochen.

Nur 315 der 1000 Entlassenen akzeptierten das minimale Abfindungspaket, sie waren böse wie die Hölle, an die Wand gedrängt, aber sie kämpften weiter. Sie rufen die Arbeiterbewegung in Mexiko und die internationale Öffentlichkeit zur Unterstützung auf und bitten insbesondere die Gewerkschaften, sich an die mexikanischen Behörden zu wenden mit der Forderung, daß das Bergunternehmen den Tarifvertrag voll respektiert. Die Adresse des Adressaten lautet:

Lic. Armando Lopes Nogales, Governor of the State of Sonora, Hermosillo, Sonora, Mexico, Fax (011) 562-17-41-26, Kopie an: cc. Manuel Ernesto Romero, General Secretary, District 65, National Mineworkers Union (Cananea), Fax (011) 52 65-663-26 543

(Red. nach Berichten im österreichischen LabourNet)

Ras l'front gegen Front National

Die Organisation gibt es seit 1991, ihre Aufgabe ist, die ideologischen und politischen Konstruktionen der Front National zu untersuchen. Im Alsace ist der Stimmenanteil von FN landesweit höher als in den meisten anderen Regionen, etwa 25%. Von Ras l'front waren an einer Veranstaltung in Freiburg Roland Pfefferkorn und Alain Bihr, die über die Situation der Organisation, ihre Arbeit und die besondere Problematik des Alsace berichteten.

Die Arbeit dieser Gruppe orientierte sich in der Gründungsphase daran, den historischen Faschismus aufzuarbeiten. Hierzu gehört auch die besondere Ambivalenz in der Bevölkerung des Alsace. Ebenso aber sieht die Gruppe die Konfrontation mit den aktuellen Formen des Faschismus als ihre Aufgabe. Während SOS Rascisme eher einen moralischen Anspruch vertrat, bevor sie sich der Regierungspartei PSF angliederten, war die Absicht von Ras l'Front in ihrer weiteren Entwicklung, sich genauer mit den Themen des FN zu befassen und Gegeninformationen dazu zu liefern.

So begannen sie auch in einer zunächst kleinen Gruppe, öffentlich Präsenz zu zeigen – was zu dieser Zeit von niemand anderem mehr gemacht wurde. Auf den Märkten und Straßen verteilten sie Flugblätter, die die falschen Erklärungen des FN dementierten, z.B. zur Rolle der Frauen, zur Jugend, zu der sozialen Versicherung etc. Die Arbeit läuft

häufig in Bündnissen, insbesondere mit der LCR (trotzkistische Organisation, Ligue Communiste Revolutionnaire).

Lange Zeit wurde die Arbeit der Gruppe in der Öffentlichkeit verschwiegen, obwohl sie in fast 100 Bezirken in Frankreich vorhanden ist. Sie gibt eine eigene Zeitung heraus „Contre le Fascisme – Ras l'front“. Erst als zwei Phänomene klarer wurden, erinnerte man sich an die schon geleistete Arbeit von Ras l'front.

Zum einen änderte sich die Klientel des FN. Während es zunächst die Liberalen und die Kleinbourgeoisie war, die sich für den FN offen zeigte, wurden später mehr und mehr auch die proletarischen Zirkel und Teile der Syndikate von den propagandistischen Aussagen des FN angesprochen. In ihren Parolen tauchten zu dieser Zeit auch mehr sogen. proletarische Forderungen auf (wie die Unterstützung von Arbeitslosen etc.), die gelbe Gewerkschaft Force Ouvrière wurde Stützpunkt des FN. Und deshalb mußten sich Gewerkschaftsfunktionäre mit diesem Phänomen auseinandersetzen. Seminare und Schulungen wurden durchgeführt.

Zum anderen eskalierte die Spaltung innerhalb des FN – zwischen Mégret und Le Pen. Dies wurde in den Medien nicht als Kampf zwischen dem „guten“ und dem „bösen“ Teil des FN dargestellt, sondern als interner Machtkampf um die Führung, der keinen inhaltlichen Bruch bedeutet. Es heißt zwar, Mégret setze mehr auf die Verbindung zum RPR, während Le Pen auf der eigenen Stärke des FN beharrt, inhaltlich jedoch sind beide klar neofaschistisch orientiert. Wie sich diese Spaltung auf die Machtpositionen innerhalb der FN-Städte Toulon, Vitrolles, Martique und Orange auswirkt, ist derzeit schwer vorhersehbar. Mégret hat einen großen Teil des Apparats mitgenommen, während aber die Mehrheit der FN-Basis vermutlich eher bei Le Pen bleiben wird. Auch dies, so wird vermutet, kann sich in kurzer Zeit wieder ändern, da die ideologischen Differenzen minimal sind.

Als großen Erfolg von Ras l'front konnte man die Demonstration gegen den Parteitag des FN sehen, die vor knapp zwei Jahren in Strasbourg organisiert wurde. Aus ganz Frankreich kamen Gruppen, Busse und Züge nach Strasbourg – manchen mag dies noch in Erinnerung sein, als die CRS Tränengaspetarden verschoß.

Heute will natürlich niemand verantwortlich sein, dem FN die Steilvorlagen geliefert zu haben. Aber Chirac oder Pasqua waren diejenigen, die schon frühzeitig zu Beginn der 80er Jahre die gleichen Parolen verbreitet haben, die heute der FN liefert.

Was macht den FN im Alsace so stark? Eine einfache Antwort dazu gibt es nicht. Der Alsace hat ei-

Buchankündigung

„La résistance allemande
contre le nazisme“

Actes du colloque de Strasbourg (mars 1997)

2ème édition (130 FF), 1998, herausgegeben von der Nationalen Vereinigung der WiderstandskämpferInnen, Comité Alsace Anlässlich eines Kolloquium in Strasbourg wurde über den Widerstand in Deutschland – wie auch im Exil – gegen den Nazismus berichtet.

Mit Beiträgen von P. Gingold, Léon Tinel, Irene Selle, Anneliese Knoop-Graf, Léon Strauss, Roland Pfefferkorn, Pierre Durand u.a.

Bestellung an

ANACR, Comité Régional Alsace

c/o Roland Netter,

35, rue de Rotterdam, 67000 Strasbourg

ne bewegte Geschichte, die an der Identität der BewohnerInnen rütteln mag. Eine These ist, daß der Verlust der traditionellen Werte (Ordnung, Sauberkeit, gute Arbeit) zu großen Irritationen geführt hat, so Alain Bihr. Der Alsace gehört heute zu den am stärksten entwickelten industriellen Regionen Frankreichs. Das Einkommensniveau ist oftmals höher als anderswo. Viele arbeiten auf der deutschen und schweizerischen Seite, was für den Alsace zu einer geringen Arbeitslosenquote beiträgt. Eine Industrialisierung entlang der Rheinschiene bedeutete aber zugleich die Zerstörung der Landschaft und der dörflichen Strukturen, die Entfremdung bisheriger Zentren. Zur Erklärung wird gerne ein altes Lied zitiert: „D'r Hans im Schnokeloch hât alles was'r will / Und was'r hât das will'r net / Und was'r will das hât'r net / D'r Hans im Schnokeloch hât alles was'r will“ (Schnokeloch ist eine alte Herberge nahe Strasbourg).

Der FN findet offene Ohren; die Bedrohung der Integrität durch „das Fremde“, hinzu kommt, auch im Alsace wird über die Geschichte geschwiegen. Wer hat kollaboriert? Erst kürzlich fand dazu ein Symposium statt (demnächst in deutscher Sprache zugänglich, s. Kasten). Das KZ Natzeweiler hatte eine „sympathisierende Umgebung“, hierzu fehlt heute noch der offene Zugang zu den Archiven.

Es ist keine antieuropäische Stimmung: die Abstimmungen im Alsace sind immer „pro Europe“ ausgefallen (2/3 für Maastricht). Der FN rekrutiert seine Stimmen aus den Kreisen der Selbständigen, in der Landbevölkerung, aber auch aus den Kreisen der Arbeiterklasse. Traditionell sind die Syndikate im Alsace schwach, was mit der Veränderung der industriellen Strukturen in dieser Region zusammenhängt (Textil, Mechanik, Kalibergbau). So kann die Parole „La France d'abord“ greifen, wenn sie sich gegen die „anderen“ richtet.

mc, aus: Antifaschistische Zeitung für Emmendingen, Freiburg, Waldkirch



Die indonesische Regierung ist dabei, das Diktat des Internationalen Währungsfonds in die Tat umzusetzen. U.a. hatte der IWF nach dem Zusammenbruch des Finanzsystems die Schließung von 38 Banken und damit die Entlassung von 17 000 Bankangestellten zur Auflage gemacht. Über 1000 der Entlassenen demonstrierten in der letzten Woche wenigstens für eine Abfindung (Bild).



Invasion der türkischen Armee in den Irak

Erneut ist die TR mit 15 000 Soldaten und ca. 2000 sog. „Dorfschützern“ 15 km weit in den Irak eingefallen. Im Zuge der Offensive gegen PKK-Guerillas bombardieren türkische Kampfflugzeuge PKK-Stellungen auf irakischem Gebiet. Derweil fordert der Unternehmerverband TÜSIAD, wohl in der Erkenntnis, daß die PKK keineswegs geschlagen ist und die Fortsetzung des Krieges den Anschluß an die EU erschwert, die Änderung des berüchtigten Anti-Terror-Gesetzes, die Reform der Staatssicherheitsgerichte und ein „Reuegesetz“, das PKK-Kämpfern, die die Waffen niederlegen, Straffreiheit zusichert.

Hungerstreik: Politische Gefangene in Lebensgefahr

Hunderte von politischen Gefangenen in der Türkei, die Mitte Februar aus Protest gegen die Verschleppung des PKK-Vorsitzenden in den Hungerstreik getreten waren, befinden sich inzwischen in Lebensgefahr oder in sehr schlechtem Zustand. Seit Beginn des Streiks ist die Zahl der am Hungerstreik Beteiligten wahrscheinlich auf ca. 10 000 gestiegen, darunter neben PKK-Gefangenen auch Gefangene aus anderen revolutionären Organisationen, u.a. die ehemaligen DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak. Die Nachrichten aus den Gefängnissen sind nur lückenhaft, aus Kurdistan gibt es überhaupt keine genauen Angaben. Viele Hungerstreikende wurden seit Beginn der Aktion in andere Gefängnisse oder Einzelzellen verlegt. Neben mehreren hundert Gefangenen im unbefristeten Hungerstreik beteiligten sich Tausende an sog. „rotierenden“ drei- bis sechstägigen Hungerstreiks. Die Hungerstreikenden fordern eine menschenrechtlich einwandfreie Behandlung von Abdullah Öcalan, einschließlich der Zulassung in-

ternationaler Ärzte zur Beobachtung des Gesundheitszustandes und internationale Beobachtung des bevorstehenden Gerichtsverfahrens.

Arbeiter schützen Zavasta-Werke – NATO bombardiert dennoch

In der Nacht auf den 9.4. hat die NATO die Zavasta-Autofabrik bombardiert. Die Werke liegen in Kragujeva, einer Stadt, in der die faschistischen Besetzer im letzten Krieg an einem einzigen Tag alle Kinder mordeten. Die Werke wurden bombardiert, obwohl bekannt war, daß sie Tag und Nacht von der Belegschaft besetzt wird, über 30.000 Menschen halten sich seit Beginn der NATO-Aggression dort auf. Glücklicherweise gab es keine Toten, aber 120 Leicht- und 20 Schwerverletzte. Die Belegschaft hatte sich am 26. 3. mit einem Brief an die Öffentlichkeit der NATO-Länder gewandt, in dem es u.a. heißt: „Wir wollen das beschützen, was von unserer Zukunft übriggeblieben ist (...) Auf diesem Weg würden wir Ihrer Öffentlichkeit gerne mitteilen, daß in unseren Fabriken, die sich auf dem 44. Grad nördlicher Breite / 20,55. Grad östlicher Länge befinden und über ein Gebiet von 305 Hektar erstrecken, 38 000 Menschen beschäftigt sind, die sich die ganze Zeit während des Kriegseinsatzes gegen unser Land ebendort aufhalten werden. Ein Angriff auf diese Fabriken wird den unmittelbaren Tod von einigen Tausend Menschen zur Folge haben und einen enormen Verlust für deren Familien bedeuten. Wir appellieren an das Gewissen Ihrer ArbeiterInnen, Intellektuellen und aller anderen BürgerInnen, die furchtbare Katastrophe zu verhindern, die durch diese irrsinnige Tat ausgelöst werden könnte. Wir wissen, daß es in all diesen Ländern aufrechte Menschen gibt, die die Menschlichkeit respektieren, und auf diesem Weg wollen wir uns an diese richten und sie drängen, ihre Stimmen der Vernunft für unseren Schutz zu erheben.“

24. April: Eine Million für Mumia Abu-Jamal



Die Vorbereitungen für den 24.4., dem Tag, an dem die Organisatoren eine Million Menschen für die Freiheit und das Leben auf die Straße bringen wollen, laufen auf Hochtouren. „Von Südafrika bis Irland nach Dänemark und Philadelphia – Menschen fordern einen neuen Prozeß für Abu-Jamal.“ Großdemonstrationen sind u.a. für Philadelphia, San Francisco und Puerto Rico angemeldet. Darüber hinaus finden an unzähligen Orten in den USA örtliche bzw. regionale Demonstrationen statt, ebenso in vielen europäischen Städten. In den letzten Monaten erhielt der Gouverneur Pennsylvanias, Th. Ridge, unzählige Briefe und Faxe aus aller Welt, auch von prominenten Personen. So schrieb Bischof Tutto ebenso einen Brief wie mehrere Nobelpreisträger, u.a. Dr. Wole Soyinka, John Hume MP, Elie Wiesel, Mairead Corrigan-Maguire, Toni Morrison und Betty Williams oder 54 Abgeordnete des dänischen Parlaments. Auch der frühere US-Anwalt Clarke schloß sich dem Protest gegen die drohende Hinrichtung an. Der Erfolg der Massenmobilisierung wird Einfluß auf den weiteren Verlauf des juristischen Kampfes haben. In diesen Tagen stellen die Verteidiger Mumias beim Obersten Gerichtshof der USA in Washington den Antrag, den Fall anzuhören. Lehnt das Gericht ab, wird Ridge vermutlich den Hinrichtungsbefehl sofort unterzeichnen. In diesem Fall wollen die Verteidiger sofort das Bundesgericht in Philadelphia anrufen und beantragen, daß Mumia eine direkte Anhörung vor Gericht bekommt und daß die Staatsanwaltschaft die Akten des Falls, die sie bisher geheimgehalten hat, herausgeben muß.

Südafrika: Mindestlohn für Hausangestellte gefordert

Unter dem Apartheid-Regime schloß selbst die Sozialhilfe für weiße Arme das schwarze Dienstmädchen ein. Auch heute noch hält sich praktisch jeder „weiße“ Haushalt mindestens eine Afrikanerin als Dienstmädchen, deren Lohn oftmals noch bei 300 Rand, rund 90 DM im Monat liegt. Damit gehören sie neben den Farmarbeitern zu den am meisten Ausgebeuteten in Südafrika. Seit langem fordert die Gewerkschaft einen Mindestlohn von 1200 Rand. Jetzt hat Arbeitsminister Shepherd Mdladlana angekündigt, vom nächsten Jahr einen Mindestlohn festlegen zu wollen, über die Höhe ist noch nichts bekannt. Die *Sunday-Times* setzt drohend die Schätzung in die Welt, daß, sollte sich die Gewerkschaft durchsetzen, rund die Hälfte der Haushaltsangestellten, deren Zahl zwischen 700 000 und zwei Millionen angegeben wird, ihre Arbeit verlöre. Das zeigt in erster Linie das Ausmaß der Ausbeutung.

Zusammenstellung: scs

In sehr vielen Städten der BRD finden zur Zeit Protestaktionen gegen den Angriffskrieg der Nato auf die Bundesrepublik Jugoslawien statt. Von den Medien kaum registriert bemühen sich vor allem die Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Jugoslawien um die Öffentlichkeit. Der Druck auf die jugoslawischen Vereine nimmt zu. In Bayern heißt es, daß das Innenministerium die Möglichkeiten von Verboten prüfe. In Hamburg versuchten Neonazis in Zusammenarbeit mit Medien und der Polizei, die jugoslawischen Mitbürger und Mitbürgerinnen, die allabendlich zu mehreren Hundert zum US- und britische Konsulat demonstrieren, zu provozieren und



diskreditieren. Kurz vor dem US-Konsulat kam ein ca. 40 Mann starker Trupp aus einer Seitenstraße, die erste Reihe betont salopp aufgemacht, mit schwarzer Fahne und Transparent gegen USA und NATO, und wurde von der an dieser

Stelle massiert auftretenden Polizei regelrecht in den Demonstrationszug der Jugoslawen geleitet. Zur Stelle waren auch Fernsehen und Presse, sonst nie zu sehen. Die Jugoslawen, die den Trupp zunächst offensichtlich für Autonome hielten, jubelten, das Fernsehen filmte – doch fast sofort wurde erkennbar, daß es sich um Nazis handelte, und während die Polizei noch versuchte, die Aufdeckung zu verhindern, schlug der Jubel um in vielstimmige „Nazis raus“-Parolen. Umgehend hatten die Jugoslawen die Nazis abgedrängt, aber dieser böse Täuschungsversuch erschütterte viele der Demonstrationsteilnehmer heftig. scc

Erlaßjahr 2000 – 1000. Mitträgerorganisation aufgenommen

KÖLN. Die Entschuldungskampagne „Erlaßjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung“ konnte am 15. März mit der „Landesarbeitsgemeinschaft der Dritte Welt Zentren und Koordinierungsstellen NRW“ die tausendste deutsche Mitträgerorganisation begrüßen. (Der Aufruf der Kampagne ist in *Politische Berichte* 1-2/99 abgedruckt – Red) Das Bündnis aus entwicklungspolitischen sowie kirchlichen Gruppen und Organisationen aus ganz Deutschland wird während des Weltwirtschaftsgipfels in Köln am 19.6. eine Menschenkette mit mehr als 50 000 Teilnehmern rund um den Tagungsort „Museum Ludwig“ bilden, um gegenüber den dort versammelten acht Staatschefs der Forderung nach einem weitgehenden Erlaß der Schulden der armen Entwicklungsländer Nachdruck zu verleihen. Erlaßkampagnen gibt es mittlerweile in rund 50 Ländern. In vielen Staaten bereiten die jeweiligen Entschuldungskampagnen Reisen nach Deutschland vor, um beim zentralen Aktionstag dabei zu sein. Vorbild ist die friedliche Menschenkette der britischen Schwesterkampagne mit mehr als 50 000 Teilnehmern beim letztjährigen Weltwirtschaftsgipfel in Birmingham.

Aus PE: Kampagnenbüro Friedel Hütz-Adams, Tel. 0224/591-226. <http://webserver.comlink.org/erlassjahr2000/>

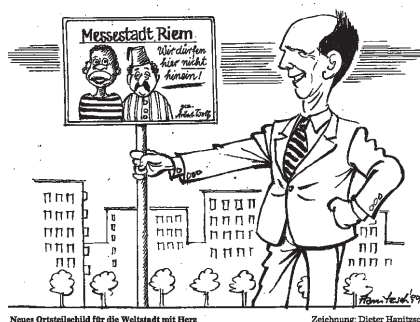
Proteste gegen Nazi-Kundgebung am 27. März in Mannheim

MANNHEIM. Am Samstag, den 27. März, fand auf dem Mannheimer Paradeplatz von ca. 10 bis 13 Uhr eine Kundgebung des sogenannten „Nationalen Widerstandes“ statt. Initiator und Organisator dieser Kundgebung war die JN (Junge Nationaldemokraten, die äußerst aktive Jugendorganisation der NPD). Ihr Motto „Deutschland uns Deutschen“. Etwa 50 Faschisten, hauptsächlich Skinheads, folgten dem Aufruf. Eine Verbotsvorgabe der Stadt Mannheim gegen die Kundgebung wurde sowohl vom Verwal-

tungsgericht Karlsruhe als auch vom Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg für nicht zulässig erklärt, da laut VGH eine „fundierte Gefahrenprognose“ zur Rechtfertigung des Verbots fehlte. Trotzdem gelang es den Faschisten nicht, ihr menschenverachtendes Gedankengut zu vermitteln, da etwa 300 aktive AntifaschistInnen, unterstützt durch zahlreiche aktive BürgerInnen, lautstark und entschlossen ihren Widerstand gegen die Nazi-Umtriebe zum Ausdruck brachten. Es blieb den FaschistInnen – zurückgedrängt und übertönt von den Sprechchören der GegendemonstrantInnen und geschützt durch ein starkes Polizeiaufgebot – nichts anderes übrig, als ihre „Kundgebung“ auf das Schwenken von Fahnen in der Mitte des Paradeplatzes zu beschränken. Die Rechtsradikalen wurden zudem mit Eiern und Tomaten beworfen, bis sie schließlich in einem Bus, der von der Mannheimer Verkehrsgesellschaft (MVG) bereitgestellt wurde, unter massivem Polizeischutz aus der Stadt eskortiert wurden. Während der gesamten Aktion kam es zu Festnahmen sowohl von Rechtsradikalen als auch von AntifaschistInnen. Aus PE: Antifasch. Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN) u.a.

CSU-Motto bei den OB-Wahlen am 13.6.: „München den Münchnern“

MÜNCHEN. So sieht also das Ja der CSU zur Integration aus. Die CSU führt einen rassistischen Wahlkampf. Z.B. geißelte der CSU-Kandidat Aribert Wolf auf ver-



schiedenen Veranstaltungen die tendenzielle Verdrängung „alteingesessener Münchner durch Ausländer“. Die *Süddeutsche* kommentierte dies mit der unten abgedruckten Karikatur. Inzwischen hat das Planungsreferat, das für die Vergabe der Münchner-Modell-Wohnungen zuständig ist, den amtlichen Gegenbeweis vorgelegt. Danach gingen 1998 von den subventionierten Eigentumswohnungen in der Messestadt Riem keineswegs „60 Prozent an Türken“, sondern nur 13 Prozent an Münchner Bürger ohne deutschen Paß – also nicht nur an „Türken“. Insgesamt, so das Fazit des Referats seien das München-Modell und der Sozialwohnungsbau „ein großer Erfolg insbesondere für junge Münchner Familien und dienen darüber hinaus der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.“ *Südd. Ztg.* 10./11. April

17. April: Bundesweiter Aktionstag für bundesweite Volksentscheide

FRANKFURT/MAIN. Mit einem Aktionstag für Volksentscheide will die Bürgeraktion Mehr Demokratie auf ihre Forderung nach bundesweiten Volksentscheiden aufmerksam machen. Am 17. April wird in 50 Städten der von über 220 Prominenten unterstützte „Aufruf für mehr Demokratie“ verlesen. Darin heißt es u.a. „Zwar haben inzwischen alle Bundesländer entsprechende Regelungen für die kommunale und die Landesebene, während sie für die Stadtbezirke noch weitgehend fehlen. Die aufgerichteten Hürden sind jedoch meistens so hoch, daß davon nur wenig Gebrauch gemacht wird und viele Initiativen von vornherein entmutigt werden. Die von den politischen Repräsentanten gewährten Regelungen verhindern mehr, als sie ermöglichen. Gerade Regeln über direkte Demokratie müssen aber „anwendungsfreundlich“ sein. Der Demokratie dient es am besten, wenn die Bevölkerung die Schritte ihres politischen Mündigwerdens selbst festlegt.“

<http://www.mehr-demokratie.de>

Entrechtung und Entwertung einer Menschengruppe führt zum Rassismus

Seit mehreren Monaten gibt es Auseinandersetzungen um die Flüchtlingsunterbringung in Offenburg. 520 Menschen aus verschiedenen Ländern sind in vier ehemaligen Kasernengebäude untergebracht. Von Kindern, Jugendlichen, Einzelpersonen, Familien und älteren Menschen sind alle Altersgruppen im Lager vertreten. Ihr Leben wird reglementiert durch eine diskriminierende Hausordnung, durch Fremdversorgung mittels Essenspaketen und durch Polizeigesetze (AsylVfG, AuslG. usw.).

In einem Brief vom Dezember 1998 an das Landratsamt in Offenburg äußerten sie ihre Kritik an den Lebensbedingungen.

„Seit wir Essenspakete erhalten, haben wir festgestellt, daß deren Inhalt ein bloßer Ersatz ist. Einerseits ist die Qualität sehr niedrig, sie könnte lang- oder kurzfristig eine Gefährdung der Gesundheit darstellen. Andererseits überschreitet der Wert der Pakete (Montag und Mittwoch) kaum 10 DM. (...) Wenn ein Asylsuchender selber in einen Supermarkt ginge, würde er kaufen, was ihm schmeckt, und es würden kein Brot, kein Gemüse und keine Dosen im Lager weggeworfen werden. Kinder und Erwachsene werden bestimmt niemals vergessen, wie Sie sie behandeln. Für den Menschen ist es ein grundsätzliches Bedürfnis, sich frei zu fühlen und alleine eigene Entscheidungen zu treffen.“

Im Januar 1999 schreibt das überregionale Bündnis „Für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen“ einen ausführlichen Brief an den Landrat des Ortenaukreises. In diesem Brief wird auf den jüngsten Bericht zur Lage der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in der BRD verwiesen, der von dem UN-Sozialrat (UN-Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) mittlerweile in Genf und New York veröffentlicht wurde. Der Landkreis wird aufgefordert sich an das Völkerrecht wie auch an den GG Artikel 25 zu halten und die Sozialhilfe ausschließlich in Geld zu gewähren.

Am 3. Februar 99 beginnen alle 520 Flüchtlinge einen befristeten Boykott der Pakete für selbstbestimmte Ernährung. In einer Erklärung an die Presse, von über 200 Flüchtlingen unterschrieben, stellen sie fest: „Wir haben nicht genug zu essen.“ Als Lösung des Landratsamtes soll nun ein „Shop-System“ eingeführt werden. Da den Flüchtlingen mittlerweile bekannt wurde, daß es sich bei dem Einkaufsladen nicht um ein normales Geschäft handelt, haben sie einen erneuten Protestbrief geschrieben.

Am 3. März 99 fand nun zum Thema „Ist Menschenwürde teilbar?“ eine gut besuchte Veranstaltung statt. Thematisiert wurde neben den Lebensbedingungen der Flüchtlinge, die psychosozialen Auswirkungen der Lagerunterbringung und die Beschlüsse des UN-Komitees zur Bundesrepublik Deutschland.

Psychosoziale Auswirkungen

Zur Unterbringung von Flüchtlingen gibt es kaum eine Untersuchung über die psychosozialen Auswirkungen von

Flüchtlingen aus der neueren Zeit. Vor 19 Jahren haben einige Psychologen in Tübingen eine Untersuchung durchgeführt, die insbesondere dadurch interessant ist, daß an der Untersuchung eine Gruppe von Flüchtlingen, die in einem Sammel-lager, und eine Gruppe, die in Wohnungen lebte, teilgenommen haben.

Bei 60 Prozent der Flüchtlinge, die im Lager wohnten, konnte ein mehr oder weniger geschlossenes Symptombild für Depressionen gefunden werden, deren Anzeichen im einzelnen sind: Allgemeine Niedergeschlagenheit und traurige Verstimmtheit, verbunden mit dem Gefühl der totalen Hoffnungslosigkeit, das Gefühl, sein eigenes Schicksal nicht beeinflussen zu können im Sinne eines absoluten Kontrollverlustes über die äußere Realität. Schlaflosigkeit bei gleichzeitig vorhandenem Gefühl, morgens nicht aufstehen zu können. Viele Asylsuchende schildern sich als völlig initiativlos, gelähmt, kraftlos und entscheidungsunfähig. Sie sind nicht mehr in der Lage, einfachste Arbeiten, wie zum Beispiel die Reinigung ihres Zimmers oder ihres Stockwerkes, auszuführen.

Die fremdbestimmte Ernährung und das Arbeitsverbot entziehen auch einen gewissen psychischen Schutz, nämlich den Schutz, den es bietet, die eigene Familie zu versorgen mit dem vertrauten Essen und einen Beitrag zum Lebensunterhalt zu leisten. Die Unterbringung der Flüchtlinge verfolgt unter anderem das Ziel, Abstand zu den Einheimischen herzustellen. Das existentielle Anliegen der Flüchtlinge, Teil einer menschlichen Gemeinschaft zu sein, wird auf diese Weise täglich abgelehnt. Spürbare Ausgrenzung bedeutet auch der Einkauf mit Gutscheinen unter scharfen Kontrollen oder in Extra-Läden. Diese Art der Regelung hat Ähnlichkeiten mit bestimmten Vorschriften im Nationalsozialismus, die hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung erlassen wurden. Hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung wurde 1939/1940 festgelegt, daß sie nur noch bestimmte Dinge einkaufen dürfen, daß sie in Extra-Läden einkaufen müssen, die für sie eingerichtet wurden, und daß sie dort zu bestimmten Zeiten einkaufen müssen.

Bundestagsdrucksache: „Krankmachender Stress“

„Krankmachender Stress entsteht, wenn sich Menschen ihrer Aufgaben oder bestimmten Situationen nicht mehr gewachsen fühlen, wenn sie keinen Ausweg mehr sehen, wenn sie sich als Opfer für Verhältnisse erfahren die sich nicht glauben beeinflussen zu können, wenn sie im

wörtlichen Sinn trostlos sind.

Familiale Krisensituationen resultieren in der Regel aus dem Zusammentreffen einer Mehrzahl belastender Faktoren. Als derartige Risikofaktoren können insbesondere gelten: eine beengte sozioökonomische Lage, ungünstige Wohnbedingungen, d.h. beengte Wohnverhältnisse und hohe Wohnungsdichte, aber auch Lärmbelästigung, fehlende Einbindung in die Nachbarschaft und ungenügende Bewegungsmöglichkeit für die Kinder, belastende Arbeitsbedingungen, das Fehlen naher Verwandter und Freunde und der damit erwartbaren Unterstützungsleistungen, persönliche Belastung der Eltern, usw. ...“

Über den Zusammenhang von Familie und Gesundheit wird festgestellt, daß er somit über das Alltagsleben hergestellt wird. „Der Familienalltag stellt eine wesentliche Ressource für die Erhaltung der Lebensfähigkeit und der Gesundheit der einzelnen Personen dar. Im einzelnen dürfen insbesondere folgende den Familienalltag mitprägende Aktivitäten gesundheitlich relevant sein: Nahrungszubereitung und Nahrungsaufnahme, Regeneration, Schlafen, Entspannung, Körperpflege, Wohnen, Freizeitgestaltung, emotionale Anerkennung, Unterstützung u.a.m.“. – Im Falle der Flüchtlinge müssen die genannten Faktoren ergänzt werden, durch besondere Einschränkungen, die nur ihnen durch Gesetze auferlegt sind. Der zitierte Text lag dem Bundestag als Bundestagsdrucksache vor. Der Inhalt der Drucksache bezieht sich auf die allgemeine Bevölkerung, nicht auf die Flüchtlinge.

Das Bemerkenswerte oder Neue an diesen Ausführungen sind nicht diese psychologischen Zusammenhänge, ist nicht, daß Flüchtlinge unter Umständen existieren, die krank machen, sondern das Neue und Bemerkenswerte ist, daß diese Umstände per Gesetz gezielt auferlegt sind. Bemerkenswert ist ferner, daß diese Bedingungen hinsichtlich der einheimischen Bevölkerung als krankmachend gelten, hinsichtlich der Flüchtlinge gewöhnlich als Anreizminderung bezeichnet werden. Zwischen Einheimischen und Flüchtlingen besteht also ein Unterschied hinsichtlich ihrer menschlichen Verletzbarkeit.

Schlußbemerkung

Daß den Flüchtlingen grundlegende Rechte entzogen werden und Eigenschaften wie eine gewöhnliche menschliche Verletzbarkeit geleugnet werden, macht sie zu einer Menschenklasse von geringerem Wert und erniedrigt sie in den

→ Augen der Bevölkerung. Die Erniedrigung von Menschen zieht in der Regel deren Ablehnung nach sich. Die schlechte Behandlung der Flüchtlinge übermittelt also eine neue Form des Rassismus. Rassismus ist stets die Entrechtung und Entwertung einer Menschengruppe. Entrechtung einer Gruppe von Menschen hinsichtlich der basalen Lebensbedürfnisse bedeutet eine Veränderung des Wertes, den der Mensch in der so handelnden Gesellschaft hat. Daß eine solche Veränderung in unserer Gesellschaft stattfindet, zeigt sich nicht nur an den Flüchtlingen, oft aber an ihnen zuerst.
was (nach anaz 3/99 und anaz 4/99, gekürzt, red.)

Blick nach recht meldet:

Braune gehen online

Von Thomas Pfeiffer

Im Internet bietet die rechtsextreme Szene ein eigenes Radioprogramm an – ohne Querelen mit den Medienanstalten.

„Der Wahnsinn geht weiter“, trötet der etwas unbeholfene Moderator „Harry Eilig“ ins Mikrofon und wirft marktschreierisch hinterher: „Hier ist der Wahnsinns-Internet-Sender, hier ist Radio-Nord“. Die Untermalung mit harten E-Gitarren-Klängen blendet aus, um für ungeteilte Aufmerksamkeit beim ersten Werbeblock zu sorgen. Und der läßt ahnen, wer hier sendet und für wen: „Das Radio-Nord wird präsentiert vom Nordversand. Dort bekommt ihr patriotische Rockmusik zu Tiefstpreisen. Jetzt kostenlose Liste anfordern“. Was Harry Eilig nicht verrät: Radio-Nord macht Werbung in eigener Sache. Der Nordversand gehört dem Hamburger Rechtsextremisten André Goertz, gleichzeitig einer der aktivsten Medienmacher der Szene. Goertz betreibt nicht nur vier Nationale Info-Telefone – die NIT Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen –, sondern auch eine umfangreiche Internet-Homepage. Neuerdings produziert er zwei im Netz abrufbare Audio-Programme: das Nord-Radio, das er als „Mr. NIT“ co-moderiert, und das NIT-Radio.

Mit solchen Internet-Programmen hat der Ex-FAPler der deutschen rechtsextremen Szene eine neue Kommunikationsform erschlossen. Das hörfunkähnliche Medium hat gegenüber klassischem Rundfunk einen entscheidenden Vorteil: Eine Genehmigung findet nicht statt. Zum Rundfunk werden Rechtsextremisten auf absehbare Zeit nahezu keinen Zugang haben, da ihnen Lizenzen verwehrt bleiben, und wie schwierig es ist – wenn auch nicht unmöglich –, offene Kanäle und Bürgerfunk propagandistisch zu nutzen, hat „Radio Germania“ im Offenen Kanal Berlin gezeigt: Die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg hatte mehrfach verhindert, daß

Neonazi-Beiträge auf Sendung gingen. Internet-Radio gilt dagegen nicht als Rundfunk, sondern als „Teledienst“, es fällt daher unter das „Multimedia-gesetz“ des Bundes und den Mediendienstaatsvertrag. Für solche Teledienste ist keine Lizenz erforderlich.

Einmal im Monat bietet Radio-Nord ein neues, einstündiges Programm, das für alle Netz-Nutzer, die über die notwendige Ausstattung verfügen, abrufbar ist. Zum weit überwiegenden Teil bestehen die Sendungen aus Titeln von Skinhead-Bands, einige darunter sind alte Bekannte des Verfassungsschutzes wie die Düsseldorfer Formation „08/15“ oder „Sturmwehr“ aus Gelsenkirchen. Drei „Weltpremierer“ kündigt das jüngste Programm großspurig an, darunter der Song „Auf zu neuen Ufern“ der eng mit Goertz verbundenen Fürther Band „Nordwind“.

Nord-Radio bedankt sich bei 20 Unternehmen und Einzelpersonen der internationalen rechtsextremen Szene, die das Programm möglich gemacht hätten. Darunter finden sich das NPD-Organ „Deutsche Stimme“, der braune Barde Frank Rennie ebenso wie die schwedische Skin-Band „Ultima Thule“, die Tonträgervertriebe „Nordland“ (Schweden), „Walzwerk Records“ (Irland), „Funny Sounds“ und die Zeitschrift „RockNord“ (beide Langenfeld bei Düsseldorf) (...)

Im Gegensatz zum musikorientierten Nord-Radio ist Goertz' NIT-Radio („Stimme der Freiheit“) ein Ideologieprogramm. Bisher hat der Hamburger erst zwei Sendungen ins Netz eingespeist, in denen beispielsweise ein Bericht zum „Europa Vorn-Pressesfest“ zu hören war und Interviews mit Reinhold Oberlercher („Voraussetzungen des revolutionären Prozesses“ und „raumorientierte Volkswirtschaft“), mit der „Initiative Solidarität mit Günter Deckert“ sowie dem „Signal“-Herausgeber Manfred Rouhs (zum Endlos-Thema „Vereinigte Rechte“) geboten wurden. Für 10 Mark bietet Goertz die Programme des NIT-Radios auch auf Kassette an und berichtete in seinen Info-Telefonen stolz von der „großen Nachfrage“. Beide Internet-Radios scheinen bei ihren Zielgruppen Anklang zu finden. Im digitalen Gästebuch der Homepage von „Rock-Nord“ wandte sich ein User an die Radio-Macher: „Warum bringt ihr nur 1h pro Monat raus? Das Radio-Nord ist für mich aus dem hohen Norden etwas ganz besonderes. Die Sendung gehört zu den geilsten Seiten im Internet.“

Aus: blick nach rechts, Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten, Ausgabe 7/99, 8. April 1999)
 Erscheinungsweise: vierzehntägig
 Verlag: Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, 10963 Berlin, Wilhelmstr. 140, Fon: (030) 25594-100, Fax: (030) 25594-190
 Herausgeber: Institut für Information und Dokumentation e.V., Redaktion: blick nach rechts 53113 Bonn, Heussallee 2-10, Fon: (0228) 2422130 Fax: (0228) 2422131, E-Mail: info@bnnr.de
 URL: http://www.bnnr.de
 Jahresabo: 125,- Mark zzgl. Porto

Volksbegehren Kindertagesstättengesetz

HANNOVER. Trotz starker Proteste von Gewerkschaften, Eltern und Wohlfahrtsverbänden hat die SPD-Mehrheitsfraktion im niedersächsischen Landtag am 20.1.1999 über ein Haushaltsbegleitgesetz das Kindertagesstättengesetz in seinen wesentlichen Inhalten abgeschafft. Damit wird den Kommunen unter Kürzung der bisher gezahlten Zuschüsse für Fachpersonal die Verantwortung für die Qualität der Arbeit in den Kindergärten übertragen. Gleichzeitig wurden die Mittel in den kommunalen Finanzausgleich eingebracht und sind damit nicht mehr zweckgebunden. Es ist zu befürchten, daß eine Reihe von Kommunen wegen ihrer kritischen Haushaltslage die bisherigen Standards nicht halten werden und zu einer Verschlechterung der Qualität der Arbeit in den Kindertagesstätten greifen werden. Das kann geschehen durch

- Arbeitsplatzabbau und verstärkte Teilzeitarbeit,
- Einsatz von Hilfskräften anstelle von Fachkräften,
- verkürzte Vorbereitungszeiten,
- verkürzte Öffnungszeiten,
- erhöhte Elternbeiträge,
- größere Gruppen.

Damit ist vorprogrammiert, daß die Entwicklungs- und Bildungschancen der Kinder in Zukunft davon abhängig sind, in welchem Ort sie eine Kindertagesstätte besuchen. Auch die Demonstration von mehr als 15 000 Menschen am 16.1.1999 in Hannover hat Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion nicht von ihrem Vorhaben abbringen können. Das Bündnis für Kinder und Familien hat deshalb beschlossen, ein Volksbegehren durchzuführen. Ziel des Volksbegehrens ist es, das derzeit noch geltende Kindertagesstättengesetz wieder in Kraft zu setzen.

„Keine Kürzung bei den Kurzen !“

Ab dem 31.3. können Unterschriften gesammelt werden. Am 23.4. wird ein landesweiter Aktionstag stattfinden. Bis dahin sollen die ersten 25 000 Unterschriften gesammelt sein. Nötig sind 600 000 Unterschriften. Am 29.4. tagt die 2. Runde des „Runden Tisches“ mit dem Ministerpräsidenten. Am 1. Mai wird die ÖTV einen KiTa-Zug in der 1. Mai-Demo und einen Redebeitrag auf der Kundgebung in Hannover organisieren. Am 13. Juni sollen vor den Wahlbüros zur Europawahl Infostände und Unterschriftensammlungen zum Volksbegehren laufen. **Kontaktadressen:** Dachverband der Elterninitiativen Braunschweigs e.V., Steinbrecherstr. 27, 38106 Braunschweig
 • Verbund Bremer Kindergruppen Zusammen groß werden e.V., Delmestr. 8, 28199 Bremen
 • Kinderladen-Initiative Hannover e.V., Schaufeldstr. 11-14, 30167 Hannover. Aus: <http://www.r-litz.com>

Kein Bürgerbegehren gegen „Privatfirmen“ *Nürnberg.* Bürgerbegehren dürfen sich nach Ansicht des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes grundsätzlich nicht gegen Projekte von Privatfirmen richten. Deshalb könne auch der Bau der Thermo-select-Müllverbrennungsanlage in Ansbach nicht gestoppt werden. Der Zweckverband Abfallentsorgungsverband Ansbach hatte die Verantwortung für Planung und Bau der Anlage an die von ihm mitbegründete GmbH abgegeben. Anträge gegen das umstrittene 140-Millionen-Projekt wiesen die Richter des 4. Senats daher als unzulässig zurück. Der Bund Naturschutz erklärte dazu: „Wenn das Schule macht, haben die Bürger bei wichtigen und umweltrelevanten Großprojekten künftig keine Chance der Mitsprache mehr.“ Die aus technischen Gründen gescheiterte Schwelbrandanlage in Fürth war ebenso in privater Hand. Und in Schwandorf entscheidet im Moment der Zweckverband über eine Privatisierung im Müllbereich. Auch in Schwabach und Ebenhausen wollen die Viag-Bayernwerke das Sagen haben.

Verfassungsänderung auf Druck der Brandenburger Kommunen *Potsdam.* Unter öffentlichem Druck der Brandenburger Kommunen und des Landkreistages wird es eine Verfassungsänderung geben, nach der die Kommunen für neu übertragene öffentliche Aufgaben einen Anspruch auf Deckung der Kosten und auf einen Ausgleich entstehender Mehrbelastungen haben (Konnexitätsprinzip). Die PDS fordert aber darüber hinaus, daß auch die Ausgleichspraxis für alle bisher übertragenen öffentlichen Aufgaben überprüft und neu gestaltet wird.

Neue hessische Landesregierung plant Entrechtung der Kommunen *Frankfurt.* Die Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung enthält eine ganze Reihe von Vorhaben, deren Umsetzung sich in Frankfurt und anderswo negativ auswirken wird. Um nur einige zu nennen: Mehr Mittel für den Straßenbau zu Lasten des öffentlichen Personennahverkehrs, Veräußerung des Landesanteils an der Messe, Verkauf der landeseigenen Wohnungsunternehmen, Abschaffung der Grundwasserabgabe, Einschränkung des muttersprachlichen Unterrichts für Kinder von Immigranten und Flüchtlingen.

Junge Union fordert 5-Prozent-Hürde auch für Kommunalwahlen *Augsburg.* Die Junge Union (JU) in Bayern plant zwei entscheidende Veränderungen für kommende Kommunalwahlen: Sie will auf ihrer nächsten Landesversammlung am ersten Mai-Wochenende in Augsburg eine Fünf-Prozent-Klausel und den Verzicht auf eine Stich-

wahl für Bürgermeister und Landräte vorschlagen. Vorsitzender Markus Söder begründete dies gegenüber der *Augsburger Zeitung* damit, daß sich in den Gemeinde- und Stadträten sowie Kreistagen die Gruppierungen immer mehr zersplitterten. Diese Entwicklung solle gestoppt werden. Ein Verzicht auf Stichwahlen bringe umfangreiche Einsparungen. In Baden-Württ. werde dies auch bereits mit Erfolg praktiziert.

Proteste vor der Ausländerbehörde gegen Abschiebung in die Türkei *Hamburg.* Mit einer Kundgebung protestierten fünfzig TeilnehmerInnen gegen die drohende Ausweisung kurdischer Asylbewerber in die Türkei. Zuletzt am 18. März wurden fünf abgelehnte Kurden zurückgeschoben. Mindestens sechs weitere befinden sich zur Zeit in Abschiebehaft. Die Innenbehörde hat für diese Fälle „verschärfte Einzelfallprüfungen“ angekündigt.

Neonazi Wollenschläger kandidiert jetzt für die Bürgermeisterwahlen *Hirschberg/Weinheim.* Am 18. April ist Bürgermeisterwahl in Hirschberg bei Weinheim/Bergstraße. Als einziger Gegenkandidat zum bisherigen Amtsinhaber kandidiert Stefan Wollenschläger, früher lange Zeit direkter und ständiger Gefolgsmann vom mehrfach verurteilten Nazi Deckert, danach für mehrere Jahre abgetaucht. Jetzt taucht er wieder auf: Unter dem Decknamen „Bürger für Deutschland“ will er vorhandenen Protest auf seine Mühlen lenken.

Der Deutsche Gemeindetag und die Koordinierung antijüdischer Politik der Kommunen im NS-Staat *Berlin.* Unter dieser Überschrift ist ein Artikel von Wolf Gruner in der neuen Ausgabe des „Archiv für Kommunalwissenschaften“, 2. Halbjahresband, erschienen. Dem Deutschen Gemeindetag (DGT) ist bisher kaum eine eigenständige Rolle in der NS-Innenpolitik zubilligt worden; die Verfolgung der Juden geriet gar nicht in den Blick. Im vorliegenden Beitrag wird nun am Beispiel der Koordination früher, den Reichsgesetzen vorausseilender kommunaler Initiativen zum Ausschluß jüdischer Händler von städtischen Märkten gezeigt, daß der DGT als Schnittstelle zwischen kommunaler und zentraler antijüdischer Politik vor allem in den Jahren 1933 bis 1938 sehr wohl eine wichtige Rolle spielte. Die zuständige Abteilung Wirtschaft und Verkehr des DGT koordinierte nach dem Novemberpogrom 1938 auch den An- und Weiterverkauf des von den Verfolgten abzuliefernden „Judenschmucks“ durch städtische Leihhäuser und andere Formen der Aneignung „jüdischen Vermögens“.

Zusammenstellung: baf

Bundes der Antifaschisten e.V. Leipzig

Protest gegen deutschen Angriffskrieg

Auf einer Protestkundgebung am 25. März, also unmittelbar nach Beginn der NATO-Angriffe auf Jugoslawien, verlas der Vorsitzende des Bundes der Antifaschisten e.V. in Leipzig, Prof. Ernst Springer, den folgenden Protestbrief an Kanzler Schröder.

Herr Bundeskanzler, mit Entsetzen habe ich ihre „Rede an die deutsche Nation“ im Fernsehen gehört. Drei Kriege gingen in diesem Jahrhundert von Deutschland aus: der erste angezettelt von einem großmachtbesessenen Kaiser, der zweite von



einer Verbrecherbande, der dritte von einer Regierung unter Führung eines sozialdemokratischen Kanzlers. Ich schäme mich für Sie und mir fehlt jegliches Verständnis dafür, daß die Partei August Bebel's so weit gesunken, so verkommen ist.

Woher nehmen Sie das Recht, zu behaupten, die große Mehrheit des deutschen Volkes billige diesen Angriff auf ein souveränes Land? Sie sagten, man dürfe Aggressionen nicht dulden. Wer ist denn hier der Aggressor?

Es war vor allem Deutschland, das die albanischen Terroristen der UCK mit Waffen und Material ausgerüstet hat, sie zur „Befreiungsarmee“ hochstilisierte.

Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Pankow protestiert gegen den Krieg

Am 9. April hat die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Pankow mit großer Mehrheit eine „Erklärung zur sofortigen Beendigung des Krieges in Jugoslawien“ verabschiedet.

„Die Bezirksverordnetenversammlung von Pankow in Berlin erklärt:

Wir fordern die sofortige Beendigung des Krieges in Jugoslawien.

Wir fordern den sofortigen Stopp der NATO-Einsätze.

Wir fordern von der jugoslawischen Regierung, sofort das Morden und Vertreiben von Männern, Frauen und Kindern im Kosovo zu beenden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für eine humanitäre Lösung des Kosovo-Konfliktes im Interesse aller Menschen dieser Region und der europäischen Staaten einzusetzen.“

(Berlin-Pankow, den 9.4.99. Auf der 42. BVV-Sitzung mit Mehrheit angenommen.)

Die NATO hat doch in Rambouillet und Paris versichert, daß sie eingreifen wird, worauf die UCK das sogenannte „Friedensabkommen“ unterzeichnete.

Glauben Sie denn im Ernst, daß mit Luftangriffen die Probleme im Kosovo gelöst werden können? Den Flugzeugen werden Bodentruppen folgen. Sie erklären, daß Zivilisten möglichst geschont werden sollen. Daß das eine Illusion ist, haben alle bisherigen Kriege bewiesen – und außerdem: Sind Soldaten keine Menschen? Sie verlangen von uns Verständnis dafür, daß eventuell unsere Söhne und Enkel in diesem Krieg umkommen. Erwarten Sie, daß deutsche Mütter wieder „In stolzer Trauer“ den Tod ihrer Söhne ankündigen?

Ich fordere von Ihnen – und ich bin mir sicher, das im Namen von Millionen Deutschen zu tun – Schluß mit dieser Aggression, sofortiger Abzug der deutschen Truppen! Setzen Sie sich dafür ein, daß dieser NATO-Wahnsinn im Kosovo beendet wird!

*Hochachtungsvoll
Prof. Dr. sc. med Ernst Springer
Vorsitzender des Bundes der
Antifaschisten e.V.,
Sitz Leipzig*

(Bild und Text aus: „Leipzigs Neue“ Nr. 7/99)

Ingrid Mattern über die soziale und arbeitsmarktpolitische Situation der Region

Sächsische Lausitz ohne Zukunft?

Das CDU-regierte Sachsen gilt im Westen als eines der „Musterländer“ für den Aufschwung Ost. VW Mosel, die Ansiedlung von „High-Tech“-Betrieben im Raum Dresden gelten als Paradebeispiele. In Wirklichkeit verschärfen sich auch in Sachsen die sozialen und Strukturprobleme, rutschen ganze Regionen weiter ab, während die Regierung nichts dagegen tut. In „Leipzigs Neue“ Nr. 7/99 stellt Ingrid Mattern, PDS-Abgeordnete im sächsischen Landtag, Auszüge aus einer Studie der PDS-Fraktion zur sozialen und arbeitsmarktpolitischen Situation der strukturschwachen ostsächsischen Region vor. Wir dokumentieren Auszüge.

Der Landstrich zwischen dem Dreiländereck bei Zittau und dem Fürst-Pückler-Park in Bad Muskau scheint außerhalb des Horizonts der sächsischen Staatsregierung zu liegen ... Es gelang nicht, eine zukunftsfähige Strukturpolitik im Nachgang der Braunkohlenwirtschaft und der Textilindustrie auf den Weg zu bringen ... Der Vergleich der wichtigsten Sozial- und Arbeitsmarktdaten zeigt deutlich, daß die Lausitz im Vergleich zur Gesamtlage im Freistaat Sachsen zum Teil wesentlichen Benachteiligungen ausgesetzt ist. Da von Europa bis hin zur gesetzlich fixierten Regionalplanung im Freistaat Sachsen die Zielstellung formuliert ist, daß in den Regionen „gleichwertige Lebensbedingungen“ anzustreben sind, daran sogar die Vergabe von Fördermitteln gekoppelt ist, hätte sich der Freistaat Sachsen nicht nur blamiert, wenn er von sich aus offengelegt hätte, daß eine seiner Regionen immer weiter von dieser Zielstellung abzuweichen droht. Der Freistaat hätte auch zugeben müssen, daß dies aufgrund seiner verfehlten Regionalpolitik so ist. Die Konzentration auf Leuchttürme wie VW Mosel oder Siemens und AMD in Dresden läßt schnell vergessen, daß in strukturschwachen Regionen Handlungsbedarf besteht. ...

Fehlende Arbeit, geringe Löhne, zunehmende Armut

Die Arbeitslosigkeit in der Region liegt seit Ende 1997 konstant über 20 Prozent, die aktuelle Statistik für Februar 1999 weist 23 Prozent aus. Damit ist die Lausitz trauriger Spitzenplatz im Freistaat Sachsen. Über 69 768 Menschen sind beim Arbeitsamt Bautzen arbeitslos gemeldet. Das tatsächliche Ausmaß fehlender Erwerbsarbeitsplätze wird aber erst deutlich, rechnet man die ABM, die in Struktur Anpassungsmaßnahmen Beschäftigten, die Teilnehmer an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen und die – relativ wenigen – Kurzarbeiter hinzu. Dann wird man sehen, daß den 227 548 Beschäftigten ein Heer von knapp

112 000 Menschen außerhalb einer Erwerbstätigkeit auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt gegenübersteht. Nimmt man die etwa 26 000 Pendler hinzu, die per Saldo außerhalb der Region ihre Arbeitsstelle haben, vergrößert sich die Zahl der tatsächlich fehlenden Arbeitsplätze um einen weiteren Faktor. ...

Das zu erzielende durchschnittliche Nettoeinkommen ist ein wichtiger Indikator für die Anziehungskraft der Region. In der Lausitz verdiente jeder fünfte weniger als 1000 DM im Monat, 42,3% haben Einkommen bis 1400 DM. Zum Vergleich: In Sachsen liegt diese Zahl bei 40,7, in den alten Bundesländern bei 21,9 Prozent. 3000 DM und mehr verdienen nur 6,7 Prozent der Lausitzer, immerhin schon 7,1 Prozent Sachsen, und bei den Bürgern aus den alten Ländern sind das 32,5 Prozent ... Dramatisch ist schon jetzt, daß in der Lausitz drei Jugendliche um einen Ausbildungsplatz streiten müssen, während es im Durchschnitt des Freistaates „nur“ 1,9 sind. Ebenso beunruhigend ist, daß den 11 000 jungen Menschen nur 4570 betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen ... 14 151 Lausitzer sind auf laufende Hilfen zum Lebensunterhalt angewiesen, das heißt auf Sozialhilfe. Je 1000 Menschen sind das 21,52 Personen ...

Chancen für die Grenzregion

... Der PDS Bundesvorsitzende Lothar Bisky erinnerte auf dem Suhler Europakongreß der PDS daran, daß es die Menschen in den notleidenden Grenzregionen besonders schwer haben und wir unser soziales Engagement an dieser Stelle und im Hinblick auf die geplante Osterweiterung der EU verstärken müssen. Aus meiner Sicht wäre in diesem Zusammenhang gerade jetzt wichtig, die Diskussion zur Einrichtung von grenzüberschreitenden Sonderwirtschaftszonen erneut zu führen. Bereits im Juli 1998 fand unter Einbeziehung der Brandenburger Erfahrungen in Dresden ein Workshop der PDS statt, auf dem ein Eckwertepapier zu einem Sonderprogramm für besonders benachteiligte Grenzregionen vorgelegt wurde. Es geht dabei nicht darum, neue Förderprogramme einzusetzen, sondern um die Bündelung der bereits vorhandenen ...

Grenzüberschreitende Kooperation bei der Sanierung von Industriebrachen, eine zukunftsorientierte Ausbildung, öffentlich geförderte Arbeit in strukturalpolitisch wichtigen Bereichen und die Schaffung von Anreizen bei der Förderung des Wohnungsbaus und des Wohneigentums, vor allem in den unteren Einkommensgruppen, sind Vorschläge, die erneut zur Diskussion stehen.

(aus: Leipzigs Neue 7/99)

BESCHÄFTIGUNGSSICHERUNG

– Kurz vor dem für den

18.3. angekündigten Warnstreik einigten sich ÖTV Berlin und Flughafengesellschaft auf einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung. Im Zuge der Neugliederung und Privatisierung des Berliner Flughafensystems fürchteten Gewerkschaft und Beschäftigte einen Stellenabbau, um den neuen Flughafen (Schönefeld) „wettbewerbsfähig“ zu machen. Nach fünfstündigen Verhandlungen wurde ein Kompromiß gefunden. „Bis zum Jahr 2009 sind betriebsbedingte Kündigungen auf den Flughäfen Schönefeld, Tempelhof und Tegel so gut wie ausgeschlossen. Den Arbeitgebern wird aber ab dem Jahr 2004 ein Sonderkündigungsrecht hinsichtlich der Regelung zum Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen eingeräumt. Das kann jedoch nur im Falle einer außergewöhnlichen wirtschaftlichen Verschlechterung in Anspruch genommen werden und müßte im Einzelfall geprüft werden.“ Die Tarifverträge gelten für die vier Teilbetriebe BBF, BFGm FBS und BLAS. Außerdem wird der Fortbestand der betrieblichen Alterssicherung auch für den künftigen Flughafeneigner verbindlich zugesagt. Quelle: ötv dialog 4 April 1999 – har

GEGEN NAZI-AUFMARSCH – Entschließung der drei Betriebsversammlungen der Daimler-Chrysler AG, Werk Bremen, 16. 3.1999 – Die Belegschaft der Daimler-Chrysler AG, Werk Bremen, verwahrt sich mit Nachdruck gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 1999

Wirtschafts-
presse

TATORT ARBEITSPLATZ: –

HB, 6.4.99 – Quer durch alle Hierarchiestufen nimmt in deutschen Firmen die Loyalität zum Arbeitgeber ab. Die Schäden, die allein durch Veruntreuung, Betrug und Unterschlagung entstünden, werden für die deutsche Wirtschaft auf jährlich über fünf Milliarden DM geschätzt. Insbesondere komplexere Arbeitsabläufe und die Folgen des Lean Managements seien dafür verantwortlich. Der Chef der Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft e.V., Bonn, versichert, ... viele Großfirmen nehmen zur Zeit ihr gesamtes Sicherheitssystem kritisch unter die Lupe.

„DER WIRKLICHE WILLE ZUR ERWERBSTÄTIGKEIT“ –

HB 9./10.4. – Die amtliche Statistik bilde die Verhältnisse am deutschen Arbeitsmarkt nicht realitätsnah genug ab, so das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Die Lage am Arbeitsmarkt sei besser als die offiziellen Zahlen Glauben machen: Arbeitslose, die wirklich erwerbstätig sein wollten, erfasse die international standardisierte Statistik besser als die deutsche. So gälten nach deutschem Recht beispielsweise Erwerbstätige, die bis zu 14 Stunden

vor den Toren dieses Werkes. Wir verwahren uns insbesondere auch gegen den Versuch, die Kolleginnen und Kollegen in „Ausländer“ und „Deutsche“ zu spalten.

Wir die Arbeitnehmer dieses Werkes, haben in der Vergangenheit oft genug bewiesen, daß wir – ungeachtet der Nationalität, der Herkunft oder der Hautfarbe – es nicht nur verstehen, gemeinsam zu arbeiten, sondern auch unsere Interessen durchzusetzen. So ist zum Beispiel die Lohnfortzahlung 1996 von uns erstritten worden, von deren Streichung wir alle betroffen waren. Deswegen werden wir gemeinsam am 1. Mai dieser geplanten Provokation entgegenreten. Gleichzeitig fordern wir den Innensenator dazu auf mit aller Dringlichkeit auf diesen Aufmarsch ohne wenn und aber zu verbieten.

Quelle: voran, April 1999. **Weitere Infos:** Antifaschistisches Plenum zum 1. Mai, Infobüro Bremen, St. Paulistraße 10/12, 28203 Bremen, Tel/Fax: 0421/75682 – e-mail über: kombo@riffraff.ohz.north.de – Internet: http://www.nadir.org/nullnazis – maf

NATO-ANGRIFFE SOFORT BEEN-

DEN – Auch Seite 2,3,4 u. 24 – So wie in den Parteien, die die Rot-Grüne Regierung tragen mehrten sich auch in den Betrieben und Gewerkschaften die Stimmen für die sofortige Beendigung des Angriffskrieges der Nato. Unter den auf S. 24 veröffentlichten Text werden weiterhin Unterschriften gesammelt. **Kontakt:** Forum Gewerkschaften, c/o VSA-Verlag, Fax 040/280 505 68 oder e-mail: vsa-verlag@t-online.de

pro Woche arbeiten, aber eine Beschäftigung von 15 Std. und mehr suchten, als arbeitslos.

Auf der anderen Seite wird laut IW die Zahl der Erwerbstätigen unterschätzt.

„FLÄCHENTARIFVERTRAG HAT VIEL ZUM SOZIALEN FRIEDEN BEI-GETRAGEN“ –

HB, 12.4.: Dieter Hundt (BDA): – „Die Tarifpolitik in Deutschland war insgesamt erfolgreich, sonst wäre der unvergleichliche wirtschaftliche Erfolg nicht möglich gewesen. Natürlich sind auch Fehler gemacht worden, die generelle Arbeitszeitverkürzung war einer ... Die Tarifparteien sind reformfähig und die Tarifpolitik ist besser als ihr Ruf ... Unerlässlich sind vor allem: eine moderate beschäftigungsorientierte Lohnpolitik mit Abschlüssen deutlich unter der Produktivitätsrate ...“

„STREICHUNG VON SUBVENTI-ONEN“ –

Die Unternehmensverbände wollen in dieser Woche über einen Brief an Bundeswirtschaftsminister Werner Müller beraten. Dieser hatte die Verbände aufgefordert, zur Finanzierung der Unternehmenssteuerreform eigene Vorschläge für die Streichung von Subventionen vorzulegen. Dem wollen die Verbände jedoch nicht nachkommen.

Mannesmann

Seit sieben Monaten streiken 170 Stahlarbeiter von Demag Delaval Turbomachinery Corp. in New Jersey USA, eine Tochterfirma des Mannesman AG. Die Kollegen brauchen Unterstützung, vor allem von Manesmann-Standorten. (Quelle: <http://www.solidarisch.de/mannesmann/Inhalt/Hintergrund/international/international.html>, gekürzt)

Von Michael Jennigs, Hamilton

16.3.1999 – Mitglieder der Mercer Bezirks-gewerkschaft haben sich entschlossen, die 170 Stahlarbeiter im Streik gegen Demag Delaval Turbomachinery Corp. am Werkstor diesen Morgen zu unterstützen, der Tag nach dem Ende des Ultimatums der Geschäftsführung, die die Streikenden jetzt entlassen und Ersatz einstellen will. Arbeitsratspräsident Jim Tarlau sagte, dies wäre das erste Mal, daß Ersatzarbeitskräfte für Streikende in Mercer Bezirk eingestellt würden. „Ersatzarbeitskräfte hereinzubringen bedeutet, wenn der Streik zu Ende ist, können die Gewerkschaftsmitglieder nicht mehr bei Delaval arbeiten“, sagte er. „Dies ist das erste Mal, daß ein Unternehmen in unserem Bezirk versucht, dauerhaft vorhandene Arbeitsplätze so zu ersetzen, und wir lassen (diese) Art, Gemeinschaft zu zerbrechen, nicht in unserem Bezirk geschehen.“ Die Gewerkschaften, die zu Tarlaus Organization gehören, vertreten etwa 30 000 Arbeiter. Mannesmann-Demag lehnte ... ab, dies zu kommentieren. Mannesmann Engineering, ein deutscher Konzern, kaufte die Anlage vor vier Jahren.

Die Stahlarbeiter dieses Unternehmens streiken seit sechs Monaten. Anfang diesen Monats schickte Mannesmann-Demag jedem Streikenden einen Einschreibebrief, in dem mitgeteilt wurde, daß entweder morgen wieder gearbeitet wird oder gekündigt wird. Die Demag-Geschäftsführung sagte, das Ultimatum wurde ausgegeben, nachdem die Gewerkschaft nicht Wort hielt und das letzte Angebot von der Geschäftsführung abgelehnt wurde. Tom Wood, Präsident des Steelworkers Bezirk 3355 sagte, daß die Mitglieder vereint handelten und keines der Mitglieder zurückgegangen ist, um zu arbeiten. „Es ist nie ein guter Tag, wenn man seinen Job verliert“, sagte Wood. „Aber wir bleiben zusammen und werden sehen, was geschieht.“

(...) Vertreter von Kommune, Land und Bund aus beiden Parteien waren dort, um die Streikenden zu unterstützen. USA Sen. Robert Torricelli, D-N. J. und Rep. Chris Schmied, R Washington Verwaltungsbezirk, haben verlangt, daß die Marine ihre Aufträge bei Delaval storniert, wenn die Geschäftsführung ihren Plan umsetzt, die Streikenden durch andere Arbeitnehmer zu ersetzen.

Gegen Billig-Tarif

Am 10. März haben Jenoptik-Vorstandschef Lothar Späth und Personalvorstand Heinz Schleef mit der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) ein Zwei-Jahres-Abkommen abgeschlossen, das rückwirkend zum 1.3. den Anerkennungstarifvertrag mit der IG Metall ablöst, der seit 31.12.98 nachwirkt.

Am 19. März kam es bei Jenoptik in Jena zu einer Betriebsversammlung und anschließendem Protestzug durch die Stadt, an denen fast die gesamte Belegschaft teilnahm. Belegschaft und IG Metall fordern, den neuen Tarif sofort zu stoppen und Verhandlungen mit den „von der Belegschaft legitimierten Gewerkschaften“ aufzunehmen – der IG Metall und der DAG. Die Protest-Resolution des Konzernbetriebsrates sei keine leere Geste, meint Michael Ebenau von der IG Metall. Denn von den 800 Beschäftigten im Konzern, für die der alte Tarif galt, seien 500 in der IG Metall. „Auch die DAG zieht anders als seinerzeit bei IBM mit uns an einem Strang in einer gemeinsamen Tariffkommission.“

Der neue Haustarif gilt zunächst nur für den Jenaer Standort, also die Jenoptik AG. Ebenau und IG-Metall-Betriebsleiter Klaus Mehrens fürchten jedoch, daß der Vertrag auch auf andere Unternehmensbereiche übertragen werden soll. Kernpunkte des neuen Vertrages sind die Verbetrieblung der Arbeitszeitpolitik und eine ergebnisabhängige Entlohnung der Mitarbeiter. Während nach dem alten Tarif die 38-Stunden-Woche im Durchschnitt in maximal 12 Monaten erreicht werden mußte und die 40-Stunden-Woche nur für bis zu 13 Prozent der Belegschaft vereinbart werden konnte, ist nun auf betrieblicher Ebene die Vereinbarung einer Arbeitszeit von zwischen 1 830 Stunden im Jahr (35 Wochenstunden) und 2 300 Stunden (44 Wochenstunden) möglich. Der Ausgleichszeitraum beträgt 24 Monate. Mehrarbeitszuschläge (25 Prozent) und bis zu 10 Tage des 30tägigen Jahresurlaubs können auf einem Langzeitkonto für einen früheren oder gleitenden Übergang in den Ruhestand angespart werden.

Jeder Beschäftigte soll weiter mindestens sein altes Tarifgehalt erhalten. Allerdings kann die Differenz zwischen altem und neuem Entgelt mit zukünftigen Tarifierhöhungen verrechnet werden. Die IG Metall rechnet damit, daß den Beschäftigten Einkommenseinbußen von 1700 bis 5000 Mark pro Jahr drohen.

Ebenau kündigte an, daß die IG Metall-Mitglieder im Konzern darauf bestehen würden, daß der alte Tarif weiterhin für sie angewendet wird. Und dabei hätten sie das Recht auf ihrer Seite. Denn der neue Billig-Tarif gilt juristisch nur für die CGM-Mitglieder im Betrieb, nicht aber für Mitglieder der IG Metall.

Quelle: Internetseite der IG Metall

Schweden: Krankenschwestern kämpfen für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“

Chaos im öffentlichen Dienst durch Lohndiskriminierung

Die Schweden sind ein diszipliniertes Volk. So zeigen sich erst jetzt, Jahre nach der Einführung der Lohndiskriminierung als arbeitsrechtliches Prinzip, die ersten Protestbewegungen und Arbeitskonflikte und zwar beim gesundheitlichen Pflegepersonal.

Nachdem sich die Berichte häufen, daß die staatlichen Arbeitgeber neuangestellten Krankenschwestern für die gleiche Arbeit ein bis zu 2000 SEK (ca. 400 DM) höheres Monatsgehalt zahlen als den bereits seit vielen Jahren tätigen, begann der Becher des Unmuts überzulaufen. An der Intensivstation der Neurochirurgie der Universitätsklinik in Lund kündigten 25 von 45 Krankenschwestern aus Protest gegen die Diskriminierung, weil der Arbeitgeber ihrer Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nicht nachgeben wollte. Im Hinblick auf das Arbeitsklima und aus Sorge um die Patienten forderte der leitende Oberarzt die Gleichbehandlung seiner Krankenschwestern. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hingegen können der Lohndiskriminierung nichts entgegensetzen, weil ihre Führung sich auf die „individuelle Lohnzumessung“ ... unter staatlichem Druck gegen den Willen ihrer Mitglieder eingelassen hatte.

Grundlage ist die zentrale Richtlinie: „Die Lohnzumessung soll ermuntern zur gesteigerten Effektivität, Produktivität und Qualität. Deshalb soll der Lohn des einzelnen Arbeitnehmers sowohl individualisiert als auch differenziert sein. Die Zumessung soll von seinem Beitrag zu den Verbesserungen des Betriebes, seiner Verantwortung, seinen Befugnissen, Leistungen und Fähigkeiten bestimmt werden.“

Wie das Beispiel der Krankenschwestern zeigt, führen diese Richtlinien zur vollkommenen Willkür bei der Lohnzumessung innerhalb derselben Berufsgruppe. Denn wer kann die Erfüllung dieser Kriterien sachlich beurteilen? Ohne jederlei Einsichtnahme erfolgen die Zumessungen durch einen kleinen Bürokratenklüngel; statt Zusammenarbeit werden Abgunst und Rivalität gefördert. Unkontrollierte Verleumdungen dienen als Entscheidungsgrundlage. Durch einen „Unglücksfall“ in der Geheimhaltung wurde z.B. bekannt, daß bei einer Zentralbehörde Mitarbeiter für die Lohnzumessung als „Psychopathen“, „Nörgler“ u.s.w. bezeichnet wurden.

Tatsächlich werden insbesondere Frauen, Einwanderer und Andersdenkende von dieser Lohndiskriminierung betroffen. Gefördert werden der Konfor-

mismus, die Untertänigkeit, politische Gefälligkeit und Korruption. Dieses System der Lohndiskriminierung im gesamten öffentlichen Dienst wurde von der Regierung kurz vor dem EU-Anschluß Schwedens zur Unterlaufung des Diskriminierungsverbotes der EU eingeführt. In ihren Ministerien werden die Frauen im Durchschnitt mit 20 % geringerem Gehalt entlohnt als ihre männlichen Kollegen mit gleichen Aufgaben. Das System sollte sogar für Richter gelten. „Gute“ Urteile: höheres Gehalt, „schlechte“: Gehaltssenkung!

Auch der Verfall des Schulwesens, das vor einigen Jahren kommunalisiert wurde, wird durch „ungleichen Lohn für gleiche Arbeit“ beschleunigt. (...) An den Hochschulen und Universitäten wurde die Lohndiskriminierung unter Beifall des reaktionären Akademikerverbandes SACO zuerst eingeführt. Hier werden die der Bürokratie gefälligen Wissenschaftler begünstigt, Außenseiter und Kritiker diskriminiert. Auch Feindschaften unter Hochschullehrern werden von der Bürokratie durch Gehaltssenkungen entschieden. An der eh schon konformen schwedischen Universität erstarb die notwendige Diskussion zur Erneuerung und Reform des Hochschulwesens.

Eine Vertreterin des SACO-Syndikates erklärte im Zusammenhang mit dem Arbeitskampf der Krankenschwestern: „Angebot und Nachfrage bestimmen die Lohnzumessung und so muß es bleiben, wenn wir nicht zu Tarifverträgen zurückkehren wollen“. (...) Sowohl das I.L.O.-Statut als auch das EG-Arbeitsrecht mit mehreren Urteilen des Europäischen Gerichtshofes statuieren das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Vor einer Verurteilung durch die Instanzen der Europäischen Union hat die schwedische Regierung sich jedoch geschützt: Den für die Lohndiskriminierung verantwortlichen ehem. Minister Allen Larsson hat sie in das für das EU-Arbeitsrecht zuständige Generaldirektorat V geschleust. Dort kann er die Beschwerden gegen die Diskriminierung als „Experte“ töten und unterschlagen. Ihm scheint sogar die Aufgabe zugeteilt zu sein, dieses neues „schwedische Modell“ für die gesamte EU zur Nachahmung zu propagieren. Auch in Deutschland gibt es Kreise, die das System der Tariflöhne zugunsten einer Willkür abschaffen möchten.

Reinhard Helmers, Lund/Schweden Februar 1999

Quelle: <http://www.germany.labournet.org/berichte/schweden2.html>, gekürzt

Einkommensverschlechterungen abgewehrt

Begleitet von demonstrierenden Beschäftigten in Krankenhäusern begann die 2. Tarifrunde in Potsdam. Der Forderungskatalog der öffentlichen Arbeitgeber hatte zwischenzeitlich zu heftigen Widerstand geführt. Sämtliche Kommissionsmitglieder von ÖTV und DAG hatten ein Votum mit nach Potsdam gebracht, das keine Einbrüche in der Einkommensentwicklung zuließ.

Gleich zu Anfang drohten die Arbeitgeber, die Gewerkschaften für den Abbau von 19 000 Arbeitsplätzen verantwortlich zu machen. Dies sei die Summe, die allein zur Kompensation der 3,1% Tarifierhöhung nötig sei. Sie forderten, den „Wildwuchs im BAT“ abzubauen. Konkretisiert wurde dies am Beispiel Absenkung des Weihnachtsgeld auf 60%, 12-Stunden-Schichten am Wochenende, Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden oder alternativ Tarifflucht der Krankenhäuser durch Ausstieg aus dem VKA, Privatisierung oder Outsourcing. Doch die Proteste der Beschäftigten und die durchweg positive Presse, die z.T. vom „Anschlag auf das Klinikpersonal“ gesprochen hatte, stärkten die Verhandlungsposition der ÖTV. Bereits in der ersten Sondierungsrunde zogen die Arbeitgeber die Forderungen zur Einkommensverschlechterung zurück. Sie beharrten aber auf eine Härtefallklausel für Krankenhäuser in wirtschaftlichen Notlagen, die eine Tarifsenkung möglich machen soll. Die gewerkschaftliche Tarifkommission diskutierte diese Forderung kritisch. Die Mehrheit befürchtete Manipulation der Wirtschaftsdaten, die von Betriebsräten nicht überprüfbar wären. Außerdem empfand man eine Öffnungsklausel für als GmbH geführte Krankenhäuser geradezu als Aufforderung an die Arbeitgeber für weitere Privatisierungen. Andererseits gibt es große Liquiditätsschwierigkeiten in vielen Kliniken. Man einigte sich darauf, mit nötigen Sachverstand die Forderung erst vor Ort zu diskutieren. Die Arbeitgeber akzeptierten diese Vorgehensweise. Auf Drängen der Gewerkschaften wurde eine gemeinsame politische Initiative zur Refinanzierung der Personalkosten mit dem Verband kommunaler Arbeitgeber (VKA) vereinbart. Die Gesundheitsministerin Fischer soll durch gemeinsame Aktionen von Krankenhausträgern und Beschäftigten zur Änderung der Bundespflegesatzverordnung genötigt werden. Die Vertreter des Bundes und der Länder verweigerten sich dieser Initiative. Am 19./20. April in Stuttgart wird es schwerpunktmäßig um die Forderungen zur Arbeitszeit gehen.

aal

Kommentar

Tarifabschlüsse zu Einkommen und Arbeitszeit

Um die Fragen des Erhalts des Flächentarifvertrages (BAT/BMT-G) im öffentlichen Dienst wie auch von Arbeitszeitverkürzung mit/ohne vollen Lohnausgleich gibt es (auch in der PDS) viel Diskussion. An zwei Beispielen von Tarifabschlüssen soll dokumentiert werden, wie schwierig derzeit gewerkschaftliche Tarifpolitik ist. Rechthaberische Positionen sind sicherlich keine Hilfe bei dieser Diskussion. Allerdings ist das Vorpreschen des ÖTV-Vorsitzenden, man könne beim „Bündnis für Arbeit“ auch über Lohnleitlinien reden, auch nicht geeignet, aus der Defensive herauszukommen. Die Beispiele sind aber auch gut geeignet als Argumente gegen weitere Privatisierungen im öffentlichen Dienst, denn sie zeigen die Abhängigkeit z.B. bei kirchlichen Einrichtungen von der Entwicklung der Mitgliederzahlen und – wie auch im Beispiel der AOK – die Auswirkungen hoher Arbeitslosigkeit.

1. Beispiel: Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg

Durch Zwangsschlichtung ist am 25.1.99 nun endlich die Tarifrunde 1998 (!) abgeschlossen worden. Gegen die Stimmen der Gewerkschaftsvertreter wurde beschlossen: Erhöhung der Löhne und Vergütungen bis einschließlich Vc/KrVI (einfacher und mittlerer Dienst) rückwirkend ab 1.6.98, die höheren Vergütungen ab 1.10.98 um

1,5%. Ab 1.6.99 werden Löhne und Vergütungen in der früheren Region Ost um 1% auf 89% angehoben. Die Laufzeit beträgt 15 Monate bis 31.3.99.

Darüber hinaus hat die Kirchenleitung die Regelungen zur Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld), zum Urlaubsgeld, zu den Jubiläumsszuwendungen und zu den vermögenswirksamen Leistungen gekündigt mit dem Ziel, diese ersatzlos zu streichen bzw. zu kürzen.

Eine von der ÖTV angestrebte Regelung zur Beschäftigungssicherung (keine betriebsbedingten Kündigungen) konnte nicht erreicht werden. Die Situation ist nach Angaben der ÖTV von einem dramatischen Stellenabbau gekennzeichnet, der auch in der näheren Zukunft anhalten wird.

2. Beispiel: AOK Berlin

Ende Februar wurde ein Tarifvertrag zwischen der AOK Berlin und der ÖTV Berlin unterzeichnet, der – beginnend mit dem 1. März 1999 – eine Arbeitszeitverkürzung um 3 Wochenstunden auf 35,5 Stunden ohne (!) jeden Lohnausgleich vorsieht. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31.3.2000, ab November d.J. wird über weiterführende beschäftigungssichernde Maßnahmen verhandelt. Mit diesem Tarifvertrag soll die Überlebenschance der AOK Berlin gesichert werden und damit Arbeitsplätze. Die AOK Berlin hängt wie auch die BKK Berlin von Finanzhilfen ihrer Kassengemeinschaft ab, da Berlin höhere Ausgaben im Vergleich zu anderen Ballungsräumen hat und wegen der besonders hohen Arbeitslosigkeit wesentlich geringere Einnahmen.

Quelle: ötv dialog 4 April 1999 – har

DGB

50 Jahre Tarifvertragsgesetz

Verbriefte Rechte sichern – Tarifbruch ahnden – 9.4.99, Pressemitteilung des DGB – Die Flächentarifverträge haben sich nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in der Praxis bewährt. „Vor allem die Reformanstrengungen der Tarifvertragsparteien haben hieran einen entscheidenden Anteil. Um deren Durchsetzung zu sichern, ist die gesetzliche Regelung eines Verbandsklagerechts überfällig“. Das sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer am Freitag in Düsseldorf anlässlich des 50. Jahrestags der Verabschiedung des Tarifvertragsgesetzes am 9. April 1949.

Heute ermöglichen rund 8,3 Millionen gewerkschaftlich organisierte Mitglieder die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen von fast 80 Prozent aller Beschäftigten in rund 50 000 gültigen Tarifverträgen in der Bundesrepublik, nur etwa 10 Prozent davon sind Firmentarifverträge. (...) Arbeitgeberstrategien, die darauf abziel-

ten, die Tarifbindung durch Austritt aus dem Verband zu unterlaufen, um sich angebliche Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, untergraben die Tarifautonomie, so Engelen-Kefer. Hierzu gehörten auch Versuche von Arbeitgebervereinigungen durch „Tricks“ bei den Verbandssatzungen zwar Mitgliedschaften zu erhalten, aber die Tarifbindung außen vorzulassen. „Tarifbruch muß nicht nur geächtet, sondern durch ein wirksames Instrument zur Durchsetzung der Tarifverträge durch die Tarifvertragsparteien selbst bekämpft werden“, sagte Engelen-Kefer. Wenn der Gesetzgeber ernsthaft die flexible Regelung von Arbeitsbedingungen durch Flächentarifverträge und möglicherweise Tariföffnungsklauseln wolle, müsse er auch ein wirksames Instrument zu ihrer Einhaltung zur Verfügung stellen. Nur dann könnten die Tarifvertragsparteien guten Gewissens tarifliche Rahmenvorgaben der betrieblichen Ebene zur Umsetzung überlassen. Verstöße und dadurch entstehende Wettbewerbsverzerrungen könnten dann durch ein Klagerecht der Tarifvertragsparteien bekämpft werden.

„Frieden auf dem Balkan“ heißt die Unterschriftenliste, die das *Neue Deutschland* jetzt veröffentlicht. Das ganze ist eine Initiative der PDS in Form einer Petition an den Deutschen Bundestag. „Unverzügliche Einstellung des Bombenkrieges gegen Jugoslawien! Kein Einsatz von Bodentruppen! Schluß mit der Gewalt auf allen Seiten!“ ist die Hauptforderung des Textes. Die Unterschriftenliste kann man kopieren und am Infostand auslegen.

Die Bundesversammlung der **AG Betrieb und Gewerkschaft** hat in einer Resolution die Position des DGB-Vorsitzenden Schulte zum Krieg in Jugoslawien scharf kritisiert:

„Die Erklärung des DGB-Vorsitzenden widerspricht zahlreichen Abschnitten des DGB-Grundsatzprogramms, sie mißachtet das Völkerrecht sowie die UNO-Charta und steht im Widerspruch zum Grundgesetz. Seit dem Burgfrieden im Ersten Weltkrieg ist es das erste Mal in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß ein Gewerkschaftsvorsitzender einen Angriffskrieg begrüßt. Dieter Schulte bricht mit der kompromißlosen Friedenspolitik, die die deutschen Gewerkschaften seit den bitteren Erfahrungen im Ersten Weltkrieg vertreten haben. Der DGB-Vorsitzende kündigt den Gründungskonsens des DGB auf, den Krieg als Mittel der Politik zu ächten, und stellt sich in einen scharfen Gegensatz zu den Millionen GewerkschafterInnen, die seit Jahrzehnten in der Friedensbewegung gewirkt haben.“

Am 10. April fand in Stuttgart eine **Kundgebung serbischer Bürger** gegen den Krieg in Jugoslawien statt. Gangolf Stocker hielt für die Stuttgarter PDS einen Beitrag, in dem er den „NATO-Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien als einen völkerrechtswidrigen Akt der Barbarei“ angriff. Er sagte weiter: „Liebe Mitbürger serbischer oder montenegrinischer Nationalität oder Abstammung, die meisten von Ihnen leben schon seit Jahren, ja Jahrzehnten hier in Deutschland, haben deutsche Nachbarn, Kollegen, ja, Sie selbst haben möglicherweise die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Und jetzt fühlen Sie sich in dem Land, in dem Sie leben und arbeiten, plötzlich in die Rolle der Bösen, der bösen Serben gedrängt. Sie fühlen sich ausgestoßen von den deutschen Medien. Wir fühlen mit Ihnen ihre Enttäuschung. Sie haben Angst um Ihre Angehörigen. Wir fühlen mit Ihnen diese Angst...“

Wenn wir die Menschen, die serbischen, die Menschen jeglicher Nationalität im Auge haben, ihre Nation lediglich als ihre Herkunft und nicht als eine rassistische oder nationalistische Bestimmung betrachten, dann haben wir auch den Schlüssel gefunden für die Überwindung von Kriegen.“

Parteivorsitzender Lothar Bisky sieht das **Verhältnis zur rot-grünen Bundesregierung als gestört** an. Das Verhältnis zu den Sozialdemokraten habe einen „Bombenschaden“ erlitten. Er stellte



Foto: arbeiterfotografie

weitere rot-rote Koalitionen in den neuen Bundesländern in Frage. Viele Tageszeitungen berichteten am 9. April über die Pressekonferenz. Offen bleibt die Frage, was heißt das für die PDS-Diskussion „Regierungsbeteiligung im Jahre 2002“, die Gregor Gysi angeschoben hatte.

Der Landesvorsitzende der **PDS Mecklenburg-Vorpommern** Helmut Holter fordert in einem Brief den Ministerpräsident Dr. Ringstorff auf, sich für zivile Lösungsmöglichkeiten zur Beendigung im Krieg gegen Jugoslawien einzusetzen:

„Erfreulicherweise haben sich bereits namhafte Persönlichkeiten – auch aus den Reihen der SPD – gegen die bisherige NATO-Strategie ausgesprochen.

An sie ergeht unsere dringende Bitte, in diesem Sinne in den verantwortlichen

Gremien Ihrer Partei zu wirken. Wir halten dies auch im Sinne der Umsetzung des Geistes der Koalitionsvereinbarungen in Mecklenburg-Vorpommern für dringend geboten.“

Der PDS Parteivorstand teilte am 6. April laut *ND* mit, daß in den vergangenen 14 Tagen 200 Menschen, darunter frühere Mitglieder von **SPD und Bündnisgrünen, der PDS beigetreten seien**. Die Neueingetretenen sollen ihren Übertritt damit begründet haben, daß die PDS als einzige Bundestagspartei geschlossen gegen die Aggression der NATO gestimmt habe. Laut Parteisprecher Harnisch sollen diese Übertritte vor allem in den alten Bundesländern stattgefunden haben. Die Zahl scheint stark übertrieben und soll die Hoffnung auf Übertritte stärken. Eher ist aber zu vermuten, daß sich solche Personen zurückziehen, aber vielleicht der PDS ihre Stimme geben. Bei den jüngsten Umfragen ist die PDS um ein Prozentpunkt gestiegen. Ob das von Dauer ist?

In der Nacht zum 24. März wurde auf die Landesgeschäftsstelle Brandenburg der PDS in Potsdam ein **Anschlag verübt**. Unbekannte Täter warfen ein Fenster des Hauses Allestraße 3 ein.

Das NRW-Forum „**Erneuerung braucht Perspektive**“, an dem sich auch PDS-Mitglieder aktiv beteiligen führt am 8. Mai eine Tagung in Düsseldorf durch. Der Aufruf, den neben zahlreichen Gewerkschaften auch sozialdemokratische und grüne Abgeordnete unterschrieben haben, spricht sich für „emanzipatorische Konzepte zur Lösung der gesellschaftlichen Problem aus. *Nähere Informationen* können über Klaus Jann, Tel. 02058/3651 bezogen werden.

Vom 25. Bis 27. Juni soll in Hannover ein **„PDS-naher sozialistischer Jugendverband“** gegründet werden, das beschlossenen Ende März Vertreter regionaler Gruppen mit großer Mehrheit. „Der Weg, Jugendliche für Politik zu interessieren, soll zukünftig nicht zuerst über die Partei (PDS) erfolgen, sondern zuerst über den Verband selbst. Bis zur Gründung im Juni werden die Jugendverbandsinitiativen aus den Ländern und Regionen über programmatische Grundsätze und Struktur eines Jugendverbandes diskutieren“, heißt es in einer Erklärung. Das ganze Projekt ist auch unter den jungen PDS Mitgliedern und Sympathisanten umstritten. Welche Funktion dann noch die AG Junge GenossInnen haben soll, ist nicht ganz klar.

Zusammenstellung: jöd

Zur politischen Ökonomie der Ausländerfeindlichkeit

In der Geschichte des Kapitalismus hatten gerade solche Länder eine hohe Immigrationsrate, die sich wirtschaftlich rasch entwickelten und besonders dann, wenn sie sich rasch entwickelten. 1844 zählten die USA eine Bevölkerung von nur 19,5 Millionen, die bis 1855 durch fast 3 Millionen Immigranten ergänzt wurde. Damals waren die USA noch ein traditionelles Kolonialland, das heißt seine Einwanderer waren meist noch europäische Kleinbauern und Handwerker auf der Flucht vor der Industrialisierung im eigenen Land und auf der Suche nach einer vorindustriellen Existenz auf freiem Ackerland. Die zweite und dritte Immigrantengeneration ab 1863 kam meist aus den damaligen Armenhäusern Europas: Irland, Österreich, Italien, Polen und Rußland, und vergrößerte die Arbeiterarmee der amerikanischen Industrie. Das war die Zeit als sich die USA daran machten, England industriell zu überholen.

Auch die britische Einwanderung nach Australien wurde anfangs aus den Verlierern der Industrialisierung gespeist: aus Asozialen und Kriminellen, ruinierten Handwerkern und irischen Kleinbauern. Zwischen 1861 und 1890 stieg die australische Bevölkerung um zwei Fünftel durch Immigration. Auch Australien erlebte parallel mit dem Einwandererschub einen wirtschaftlichen Aufstieg. Ab 1860, als die australische Bevölkerung um 3,5 Prozent im Jahr wuchs, lagen sowohl die Wachstumsrate der australischen Wirtschaft als auch der Lebensstandard der breiten Masse in Australien über den Vergleichszahlen in England.

Bemerkenswert ist, daß die gleichen amerikanischen Gewerkschaften, die als erste Gewerkschaften der Welt auf dem Arbeiterkongreß zu Baltimore 1866 die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag erhoben, schon bald nach diesem historischen Schritt eine Begrenzung der Immigration forderten. Aufgegriffen wurde diese Forderung nach Begrenzung oder Stopp der Immigration aber auch von den konservativsten Kräften in den USA: Einerseits von solchen, die immer noch auf eine vorindustrielle Existenz als selbständige Bauern hofften, als der zu verteilende Boden in den USA schon knapp wurde, andererseits von der herrschenden altbritischen Elite, die ihre gewachsene politische Vorherrschaft gegenüber einer zunehmend nichtbritischen Bevölkerung in Gefahr sah. Seit 1880 wurden die amerikanischen Einwanderungsgesetze ständig verschärft.

Ab 1921 wurde die (legale) Einwanderung radikal gebremst.

In Deutschland gehört es heute zum politischen „guten Ton“ (political correctness) ausländerfreundlich zu sein. Wer den Immigrantenzuzug nach Deutschland begrenzen oder steuern will, gilt als rechter Bösewicht. Waren aber die amerikanischen Gewerkschaften, als sie solche Forderungen aufstellten, „rechts und böse“?

Man muß einmal genau hinsehen, wer Vorteile und wer Nachteile vom ungebremsten Zuzug von Immigranten nach Deutschland hat. Nehmen wir zum Vergleich einmal 100 000 Immigranten eines Jahres und vergleichen die wirtschaftlichen Folgewirkungen dieser Immigration mit den Wirkungen von 100 000 Geburten in Deutschland im selben Zeitraum. Um die Untersuchung zu vereinfachen, gehe ich davon aus, daß diese Immigranten weder Deutschkenntnisse noch private Kontakte in Deutschland haben, die ihr Fußfassen erleichtern könnten.

1. Konsumnachfrage

1.11 Wohnraum für Immigranten

Die 100 000 Immigranten bringen beim Übertritt über die deutsche Grenze vielleicht noch ein paar Habseligkeiten und etwas zu Essen und brauchen als erstes Wohnraum. Rechnen wir pro Person 10 m², was allerdings weit unter dem in Deutschland erreichten Wohnstandard liegt, dann ergibt das eine zusätzliche Nachfrage nach Wohnraum von rund 1 Million m². Finanziert werden muß dieser zusätzliche Wohnraum ganz aus Steuern. Vorteile von dieser zusätzlichen Nachfrage haben kleine Baukapitalisten, die sich auf Wohnbaracken spezialisiert haben, und einige clevere Hausbesitzer, die für verkommene Altbauwohnungen hohe Mieten aus Steuermitteln bekommen. Nachteile haben vor allem ganz Arme in schlechtesten Wohnverhältnissen, deren Mieten durch die zusätzliche Nachfrage nach billigstem Wohnraum ansteigen werden. Anzunehmen ist, daß einige Arme, die ihre Miete nicht regelmäßig zahlen können, durch diese Nachfragewirkung in die Obdachlosigkeit fallen.

1.12 Wohnraum für Babys

Die 100 000 Geburten brauchen zunächst nur rund 1,5 m² pro Person für Bettchen, Wickelkommode und Wäschefach. Diese 150 000 m² zusätzlich nötiger Wohnraum tritt aber nicht als käufliche Nachfrage auf den Markt, denn die meisten Eltern



Sind Einwanderer vor allem Konkurrenten auf dem Konsummärkten ...

rücken in ihrer Wohnung enger zusammen und falls sie doch in eine größere Wohnung ziehen, wird diese privat, nicht aus Steuermitteln finanziert.

1.2 Energie, Heizung, Strom, Wasser für Immigranten und Babys

Es kann wohl davon ausgegangen werden, daß 100 000 in Deutschland geborene Babys bei den „Wohnnebenkosten“ nicht weniger Zusatzbedarf darstellen als 100 000 neue Immigranten. Allerdings muß der Immigrantenbedarf ausschließlich aus Steuermitteln finanziert werden, der Bedarf der Babys wird von den privaten Haushalten – in der Regel aus dem Lohn – getragen, wenn wir einmal vom Kindergeld und steuerlichen Vorteilen für Kinder absehen.

1.3 Kleidung und Essen für Immigranten und Babys

Der Bedarf von in Deutschland geborenen Kleinkindern bei Essen und Kleidung wird in Geldwert ungefähr dem Bedarf von erwachsenen Immigranten entsprechen, weil deren Konsum staatlicherseits auf ein sehr niedriges Niveau gedrückt wird. Auch hier wird der Bedarf von Kleinkindern vorwiegend aus privaten Mitteln getragen, der Bedarf der Immigranten aus öffentlichen Mitteln, wenn wir private Kleiderspenden u.ä. außer Acht lassen.

2.1 Zirkulation, Handel und Verkehr (Konsumnachfrage und Arbeitskräftezufuhr)

Die Nachfrage im Handel steigt also durch 100 000 Immigranten mehr oder

minder gleich stark wie durch 100 000 Neugeborene. Die Einzelhandelskapitalisten können sich über den vergrößerten Markt freuen, und es kann ihnen egal sein, ob diese zusätzliche Nachfrage über öffentliche oder private Mittel finanziert wird. Allerdings kaufen Immigranten und Eltern von Babys nicht unbedingt in den gleichen Geschäften oder den gleichen Abteilungen der Kaufhäuser. Gerade der Billigmarkt für Kleidung und Lebensmittel wird beherrscht von großen Handelsketten, dem großen Kapital. Der Markt für Babybedarf bietet – abgesehen von industrieller Babynahrung – eher noch Nischen für kleinere Händler.

Auch bei ihrer Suche nach Arbeit tauchen die 100 000 Immigranten kaum in Babyfachgeschäften auf. Kleine Händler mit zum Teil besser gestellten Kunden beschäftigen wenig ausländisches Personal. Dagegen bieten große Handelsketten relativ viele Billigarbeitsplätze für Hilfskräfte (Reinigung, Lagerarbeiten etc.). Dort sind zusätzliche Immigranten als Billigarbeiter willkommen.

Für die Kleinhändler kommt hinzu, daß sie zwar von den großen Ladenketten und Kaufhäusern kaputt konkurriert werden – jährlich gehen rund 60 000 Kleinkapitalisten bankrott –, ihre Läden und Kioske werden aber dann häufig von Ausländern übernommen, die mit einer geringeren Rendite zufrieden sind. Scheinbar verdrängen also ausländische Kioskbesitzer und Lebensmittelhändler die deutschen Kleinhändler. In welchem Umfang das geschieht, kann man in jeder Großstadt sehen, wo viele kleine Läden von Ausländern geführt werden. Man kann es auch bei einem Besuch der Metro, dem Kaufhaus der kleinen Selbständigen, studieren. Nach meiner Schätzung sind fast ein Viertel der Metro-Kunden in Hannover ausländischer Herkunft. Diese sind zwar in der Regel schon länger in Deutschland, aber solche Ausländer stellen quasi die „Ausländeraristokratie“, deren Erfolgsstory sich in den Heimatländern herumspricht, was weitere Immigranten nachzieht. Die kleinen Einzelhändler in Deutschland freuen sich eher über einen Babyboom als über den Immigrantenzug. Es ist auch schon vorgekommen, daß mehrere Kleingewerbetreibende Geld zusammenlegten, um Jugendliche anzustiften, ein Asylantenheim „abzufackeln“.

2.2 Zirkulation, Kriminalität

Die Kriminalität kann man als eine besondere Branche der Zirkulation ansehen. Durch Kriminalität werden keine Werte geschaffen, sondern meist schon geschaffene Werte mit besonderen Mitteln umverteilt. Welche Mittel der Eigentumsverteilung als kriminell gelten, wird in jeder Gesellschaft von den Herrschenden bestimmt. Gesetze bestrafen nicht nur Kriminalität, sie schaffen sie auch. Unbestreitbar ist jedoch, daß in den Fällen, wo Immigranten in die Kriminalität abgerutscht sind oder hineinge-

zwungen wurden, sie deutliche Konkurrenzvorteile in allen Branchen haben, die mit grenzüberschreitendem Verkehr verbunden sind, wie Drogenhandel, Prostitution ausländischer Frauen, Waffenschmuggel und Autoschmuggel. Man muß davon ausgehen, daß sie in diesen Sparten eine ernstzunehmende Verdrängungskonkurrenz für deutsche Kriminelle darstellen. Also haben Leute aus dem kriminellen Milieu auch ernstzunehmende Gründe für Ausländerhaß.

3. Produktion (Konsumnachfrage und Arbeitskräftezufuhr)

Durch Immigration wie durch Neugeburten entsteht ein Zusatzbedarf, der über die zusätzliche Nachfrage die Produktion und das Wirtschaftswachstum fördert. Davon profitiert zunächst die Konsumgüterproduktion in Landwirtschaft und Industrie. Allerdings liegt der Bedarf der Immigranten eher im Billigkonsum mit niedrigen Profitraten, während die Profitraten für Babynachfrage deutlich höher liegen.

Mit den Immigranten drängen zusätzliche Billigarbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt, was nach aller gewerkschaftlicher Erfahrung vor allem Druck auf die unteren Lohngruppen ausübt. Die Löhne der Facharbeiter und anderer höher qualifizierter Lohnarbeit (Ingenieure, Programmierer, mittlere und höhere Verwaltungen) werden dadurch kaum berührt. Eine Lohn- und Arbeitsplatzkonkurrenz spüren also vor allem junge, ungelernte Arbeiter, sowie ältere oder kränkelige Lohnarbeiter, die ihre volle Leistungsfähigkeit für das Kapital verbraucht haben und entweder schon arbeitslos sind oder nur noch eine Art „Gnadenbrot“ auf Billigarbeitsplätzen fristen, z.B. als Lagerarbeiter, Pförtner, Wachpersonal oder Werkboten.

Resümee

Zunächst zeigt sich, daß die wirtschaftlichen Wirkungen der Immigration ge-

mischt sind. Etliche Wirkungen verlaufen mehr oder minder quer durch die sozialen Klassen der BRD. Zu den nicht klassenspezifischen Immigrationsgewinnern zählen z.B. die Kunden von ausländischen Gemüsegeschäften wie die Besucher von ausländischen Kneipen, die ein größeres und preiswerteres Angebot vorfinden. Zu den nicht klassenspezifischen Verlierern zählen die Steuerzahler durch erhöhte Staatsausgaben.

Aber man muß einige Verlierer und Gewinner auch klassenmäßig zuordnen: Zu Immigrationsgewinnern zählen sicherlich die (Groß)Kapitalisten, die mit der Zufuhr von billigster Arbeitskraft ihre Gesamtlohnkosten senken und so ihre Ausbeutungsrate steigern können, ob sie nun Ausländer einstellen oder nur damit drohen.

Zu den (scheinbaren) Immigrationsverlierern gehören kleine selbständige Gewerbetreibende, die zwar vom großen Kapital in den Bankrott getrieben werden, aber anschließend erleben, daß Ausländer ihre Geschäfte mit niedrigerer Gewinnspanne weiter führen.

Zu den Immigrationsverlierern gehört auch die oberste Staatsbürokratie und herrschende Politikerkaste des Bundes, der Länder und in jeder einzelnen Stadt, soweit diese Herren über die Verwendung und Verteilung der Steuermittel zu entscheiden haben. Denn ein Zustrom von Immigranten erzwingt sofortige zusätzliche staatliche Ausgaben und schränkt damit den finanziellen Entscheidungsraum dieser herrschenden Bürokratie ein. Das erklärt, warum in Zeiten hoher Staatsverschuldung, wo ein wachsender Teil der Steuereinnahmen von vornherein vom Bankkapital für den Schuldendienst in Beschlag genommen wird, die Ausländerfeindlichkeit von der Staatsbürokratie ignoriert, bagatellisiert oder sogar gefördert wird.

Zu den klassenmäßigen Verlierern gehört schließlich die unqualifizierte oder gesundheitlich angeschlagene Ar-



... und dem Arbeitsmarkt? Dem steht entgegen die Erfahrung, daß Kooperation unabdingbar ist für das Zustandekommen von Arbeitsergebnissen. Das schafft eine materielle Grundlage für Solidarität über nationale und kulturelle Schranken hinweg.

beitskraft in den unteren Lohngruppen und schließlich solche, die aus der Lohnarbeit dauerhaft verdrängt wurden.

Bei all diesen Immigrationsverlierern ist die soziale Basis der Ausländerfeindlichkeit zu suchen, wobei der intellektuelle „harte Kern“ dieser Ausländerfeindlichkeit wohl in der Spitze der Staatsbürokratie liegt. Sie trifft auch alle Entscheidungen über und für die Immigranten, die einer Bürokratie hilflos ausgeliefert sind, die ihre Rücksichtslosigkeit gegen die Immigranten als Rücksicht auf die Deutschen darstellen kann. Der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit ist daher objektiv ein politischer, ein demokratischer Kampf der großen lohnabhängigen Mehrheit gegen den Staat.

Aber die Sache hat auch eine soziale Seite. Von der Immigration ist nicht nur das Kleinkapital und das kriminelle Milieu betroffen, auf deren Empfindlichkeiten die Arbeiterbewegung und die Linke wohl wenig Einfluß nehmen kann – höchstens dadurch, daß man den kleinen Gewerbetreibenden die Zusammenhänge erklärt, die zu ihrem Bankrott führen. Es sind auch Teile der Arbeiterklasse betroffen, und zwar fast nur die schwächsten Teile der Arbeiterklasse, die in der Konkurrenz um Arbeitsplätze und ausreichenden Lohn am meisten auf die Solidarität der besser Qualifizierten und besser Bezahlten angewiesen sind.

Praktische Folgerung

Daraus ist zu folgern, daß die Steuerung der Immigration für die Arbeiterbewegung und die Linke in erster Linie eine Frage der Demokratie und andererseits eine Frage der Steuerung der Arbeitskonkurrenz in den unteren Lohngruppen ist.

Im Moment ist es so, daß die Gewerkschaften dabei nur den sozialen Aspekt betonen und viele Linke nur den politischen Aspekt. Die Gewerkschaften wollen zwar aus guten Gründen eine Steuerung der Zufuhr von billigster Arbeitskraft, überlassen aber dann alle konkreten Entscheidung ausgerechnet der Staatsbürokratie. Viele Linke fordern im Gegensatz zu den Gewerkschaften einen freien Zuzug aller Immigranten, um zu verhindern, daß die Politikerkaste in dieser Frage die Entscheidungsmacht behält, aber sie drücken sich damit vor jeder konkreten Entscheidung in dieser Frage und wollen den Zuzug von Immigranten den kapitalistischen Marktgesetzen überlassen. Im Kern ist das eine neoliberale Politik. Daher kann diese Forderung nie mehrheitsfähig werden.

Eine praktikable und mehrheitsfähige Methode, die Frage des Immigrantenzuzugs in einem demokratisch legitimierten Rahmen zu diskutieren und zu entscheiden, wäre es, wenn z. B. ein gemeinsamer Gewerkschaftstag der großen Gewerkschaften jährlich über die Auswahlkriterien und die Anzahl der Immigranten des Folgejahres beraten und entscheiden würde.

Wal Buchenberg

Lektüreempfehlung

Befreier?

Immer wieder ist es spannend, Bücher in die Hand zu nehmen, die, auch wenn sie schon ein paar Jahre auf dem Buckel haben, trotzdem von hoher Aktualität sind. Das hier besprochene Buch wurde 1948 veröffentlicht. Vor einem halben Jahrhundert hat Stefan Heym seine Erfahrungen aus der Endphase des Zweiten Weltkriegs niedergeschrieben. Das Buch ist ein Roman und kein Tagebuch. Heym war als Emigrant amerikanischer Staatsbürger geworden und nahm als Soldat der US-Armee in einer Propagandaabteilung an der Landung in der Normandie (1944) teil. Der Roman schildert nun die Erlebnisse der Soldaten dieser Propagandaabteilung bis zur Niederschlagung des Faschismus und den ersten Monaten des Aufbaus der BRD.

Eine Schlüsselszene, in der sozusagen der roten Faden des knapp tausendseitigen Romans geknüpft wird, finden wir gleich zu Beginn der Handlung:

Ein General, von Heym beschrieben mit den widerwärtigen Attitüden eines John Wayne, hat die glorreiche Idee, zum amerikanischen Unabhängigkeitstag die deutschen Truppen mit einer Propagandaaktion zu beglücken. Nach einem mehrstündigen Bombardement sollen als letzte Sprengladung Flugblätter in die deutschen Stellungen geschossen werden, in denen die amerikanische Freiheitsauffassung beschrieben wird. Das Flugblatt soll die deutschen Truppen zersetzen und zum Überlaufen bewegen. Sergeant Bing, von besagter Propagandaabteilung, bekommt die Aufgabe, den Text des Flugblattes zu entwerfen. Eine undankbare Aufgabe. Bing versucht, unter den Soldaten Ideen und Material für diese Freiheitsauffassung zu bekommen. Sein Resümee ist für ihn niederschmetternd. In der besagten Schlüsselszene erlebt Bing, wie ein amerikanischer Soldat, ein Jude, von dem Küchensergeant Dondolo in widerwärtiger Weise diskriminiert wird. Bing und andere versuchen, den Juden Abramovici zu verteidigen, weichen aber letztlich vor der Brutalität Dondolos zurück. Auf die Frage, warum Dondolo eigentlich gegen die Deutschen kämpft, bekommt Bing folgende Antwort:

„Für meine Kinder kämpfe ich. Und ich werde auch zu ihnen heimkommen. Aber wegen solcher Leute wie Du habe ich sie allein lassen müssen. Wenn ihnen irgend etwas zustößt, mache ich dich nieder. Ein Haufen Juden hat Schwierigkeiten, und gleich muß die amerikanische Armee übers Meer. Der Kerl da, der Hitler, der wußte schon, was er tat, und Mussolini wußte es auch. Alles ist verdreht. Wir sollten zusammen mit Hitler und Mussolini gegen die Kommunisten

kämpfen. Die Kommunisten sind gegen die Familie, gegen alles ...“

Für Bing stellt sich darauf die Frage: Man kämpft gegen Deutschland, die Wehrmacht die Partei, letztlich gegen Millionen von Dondolos. Wie aber kann man sie schlagen, wenn man Dondolos in den eigenen Reihen hatte, an die sich keiner heranwagte und an die keiner herankam.

Aber nicht nur auf dieser Ebene ergeben sich Probleme für den Soldaten Bing. Im Verlauf des Romans wird dann immer deutlicher, daß die Handlungsweisen bestimmter Teile der US-Armee, daß letztlich auch die politische Vorgabe aus den USA, immer stärker hin zur einer Restauration und Kollaboration mit bestimmten Teilen der herrschenden Schicht Deutschlands führt. So führt z.B. der Kommandeur der Propagandaabteilung, der im Privatleben Rechtsanwalt ist und neben seiner Tätigkeit als Kommandeur auch als Vertreter eines amerikanischen Stahltrust fungiert, Verhandlungen mit deutschen Stahlkapitalisten über die gemeinsame Kooperation nach Beendigung des Krieges. Interessant ist in diesem Zusammenhang folgende Szene: Die Amerikaner befreien ein Lager mit osteuropäischen Zwangsarbeitern, die in Lothringen für den besagten deutschen Stahltrust in die Bergwerke gezwungen wurden. Über die Behandlung der Zwangsarbeiter kommt es zum Streit innerhalb der US-Armee. Besagter Agent des amerikanischen Stahlunternehmens sorgt dann dafür mit dem Argument, daß auch die US-Armee Kohle für ihren Kampf gegen die Deutschen braucht, daß die Zwangsarbeiter wieder in die Gruben wandern.

Im Grunde beschreibt Heym in seinem Roman die Entstehungsgeschichte der Reorganisation des Kapitals unter US-Führung in Europa und die Herausbildung der Elemente des Kalten Krieges im Nachkriegsdeutschland. Ein sehr empfehlenswertes Buch, bei dem einem die tausend Seiten nie zu viel werden. *hav*
Stefan Heym, *Der bittere Lorbeer*, Fischer



Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg

Die Ausstellung widmet sich einem Thema, das bisher nicht gerade im Mittelpunkt der historischen Forschung gestanden hat: der Rolle und Verantwortung der deutschen Industrie bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges... Während die Legende von der ‚sauberen Wehrmacht‘ von den Historikern längst widerlegt wurde, ist eine andere bisher kaum angetastet: die Legende von der deutschen Wirtschaft, die Distanz zum Naziregime hielt und die nur widerstrebend oder gar gezwungen die ihr zugewiesenen Aufgaben der Kriegswirtschaft übernahm...“ So führte Heinz Humbach im Rahmen der Ausstellungseröffnung aus. Für ihn wird klar, „daß die deutsche Industrie zur Durchsetzung ihrer Interessen verantwortlich und vorwärtstreibend am Aggressionskrieg gegen die Nachbarländer beteiligt war. Sie war ebenso wie die Wehrmacht eine unverzichtbare Stütze des Naziregimes und damit mittelbar oder unmittelbar verantwortlich für die Verbrechen, die damals geschehen sind. Der Rückblick auf die Strategie der deutschen Wirtschaft und ihre langfristigen Interessen gibt uns aber vielleicht auch Hinweise auf die heutige deutsche Balkanpolitik und die Hintergründe für die deutsche Beteiligung am Angriffskrieg gegen Jugoslawien.“

„Mit dieser Ausstellung hier ‚Die Liebe höret nimmer auf‘ ergeht es mir in mancher Beziehung wie mit der Wehrmachtsausstellung. Nicht alles halte ich für gelungen. Aber insgesamt ist das eine sehr beeindruckende Ausstellung und ein sehr notwendiges Projekt und ein Projekt, das über das dokumentarische hinaus auch in der künstlerischen Umsetzung durch die Arbeiterfotografie mir äußerst geglückt erscheint...“ Das ist die Einschätzung von Dr. Winfried Gellner vom Kulturamt der Stadt Köln. Vier Punkte werden für ihn mit der Ausstellung deutlich und sind für ihn erschreckend: 1. wie frühzeitig viele der aufgeführten Herren in die NSDAP eingetreten sind oder mittels massiver Geldspenden die Nazis unterstützt haben. 2. daß nach dem Zusammenbruch bei keinem der Verantwortlichen auch nur eine Spur von Unrechtsbewußtsein zu finden ist. 3. daß viele der Verurteilten, kaum daß sie frei waren, in unglaublich schneller Zeit zu höchsten Ämtern gelangt sind. Und 4. daß Leute, von denen man wußte, wie sie in das NS-Regime verstrickt waren, es im Nachkriegsdeutschland zu höchsten Auszeichnungen gebracht haben.

Die Ausstellung ist bis zum 14. Mai geöffnet, Di-So, 16-21 Uhr, u.n.V. (Tel. 727999), Alte Feuerwache, Köln, Melchiorstr., U-Bahn-Station Ebertplatz

Zwei Ausstellungen in Köln



Freundschaft

Fritz ter Meer (1884-1967)

1910 Eintritt in die väterliche Firma Weiler-ter Meer, 1916 dort gemeinsam mit seinem Vater Vorstandsmitglied, 1926 bis 1945 Vorstandsmitglied der IG Farben, wird 1937 Mitglied der NSDAP,

ist 1935 an der Schaffung der Vermittlungsstelle W in Berlin, Unter den Linden, beteiligt, einer Stelle zur Vermittlung zwischen IG und Wehrmachtsführung beim geplanten Aufbau der Wehrwirtschaft, führt 1940 nach der Eroberung Frankreichs Verhandlungen zwecks Übernahme der französischen chemischen Industrie, wird Mitglied im Aufsichtsrat der neu geschaffenen, unter IG-Kontrolle stehenden Francolor,

wird 1943 Generalbevollmächtigter des Reichsministers für Rüstungs- und Kriegsproduktion, Vertreter der deutschen Regierung in Italien für die chemische Industrie sowie Wehrwirtschaftsführer,

wird vom Reichswirtschaftsministerium zusammen mit Otto Ambros zu einer geheimen Konferenz berufen, bei der es im Hinblick auf den bevorstehenden Angriff auf die Sowjetunion um die schnellstmögliche Vergrößerung der Kapazität von Buna (synthetisches Gummi) geht; es entsteht die IG Auschwitz; Ambros an ter Meer: "Unsere neue Freundschaft mit der SS erweist sich als gewinnbringend."

bei einem Besuch der IG Auschwitz mit den Vorstandsmitgliedern Otto Ambros und Heinrich Bütefisch, dem Aufsichtsratsvorsitzenden Carl Krauch und dem örtlichen IG-Direktor Dr. Walter Dürrfeld kommt es zu einem Wortwechsel über einen Zwangsarbeiter. Einer der fünf IG-Direktoren: „Diese Judensau könnte auch rascher arbeiten.“ Ein zweiter: „Wenn die nicht mehr arbeiten können, sollen die in der Gaskammer verrecken.“

erhält 1942 das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse, 1943 das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse,

verfügt die Vernichtung der IG-Akten: im Frühjahr 1945 werden etwa 15 Tonnen Papier vernichtet, auch der größte Teil der Akten in Auschwitz wird zerstört

1945 von der amerikanischen Besatzung verhaftet, 1948 in Nürnberg im Rahmen der Kriegsverbrecherprozesse gemäß der Anklagepunkte 'Raub und Plünderung' sowie 'Versklavung und Tötung der Zivilbevölkerung, Kriegsgefangenen und Konzentrationslagerinsassen' zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt; ter Meer: den KZ-Häftlingen sei durch die IG „kein besonderes Leid zugefügt (worden), da man sie ohnehin getötet hätte“

1952 entlassen, wird er 1955 Mitglied des Aufsichtsrats der Bayer AG, eine der IG-Nachfolgegesellschaften, 1956 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bayer AG sowie der Waggonfabrik Uerdingen und der Commerzbank



Wiel van der Randen: marschierende deutsche Soldaten auf dem Dam-Platz



Bert Haanstra: die ersten Befreier treffen ein



W.F. Leijns: „Plötzlich eröffnen die Deutschen vom ‚Groote Club‘ aus das Maschinengewehrfeuer auf die Menge und lösen damit ungeheure Panik und Flucht aus ...“

Fotoausstellung

Amsterdam, De Dam, 7. Mai 1945

Die Ausstellung rekonstruiert das Schießen der deutschen Soldaten auf die unbewaffnete Menge, die sich am 7. Mai 1945 auf dem Amsterdamer Hauptplatz „Dam“ versammelt hatte.

Eine große Drehorgel spielte auf zum Fest der Befreiung von der deutschen Besatzung. Zehntausende warteten auf die Ankunft der kanadisch-englischen Befreiungstruppen. Unter ihnen waren wenigstens fünfzehn Fotografen, einige arbeiteten seit Jahren im Widerstand und gehörten zur Gruppe „Die untergetauchte Kamera“. Sie wollten mit ihren Bildern das Befreiungsfest dokumentieren. Aber ihre Fotos berichten über das Blutbad an der unbewaffneten Menge.

Die Morgenausgabe der Zeitung „Het Parool“ vom 7. Mai hatte den Weg der Befreiungstruppen durch Amsterdam zum Platz „Dam“ beschrieben. Endlich Frieden und Befreiung vom Terror der deutschen Besatzungstruppen! Viele Amsterdamerinnen und Amsterdamer säumten die Straßen und gingen zum Platz „Dam“. Die Niederlage der deutschen Truppen war besiegelt, am 7. Mai 1945 mußten ihre Befehlshaber in Reims die Kapitulation für die Westtruppen unterzeichnen. Aber noch immer zogen deutsche Einheiten im Marschtritt, singend, mit umgehängtem Gewehr über den Platz „Dam“. In offenen Lastwagen quetschten sich bewaffnete Trupps durch die Menge. Sechs Jahre lang hatte der deutsche Militärapparat die Bevölkerung in ganz Europa unterworfen und terrorisiert. Das Herrenmenschentum im Bewußtsein der Soldaten wurde durch die Realität der Niederlage nicht beseitigt.

Um halb zwölf mittags erreichten, begeistert begrüßt, fünf Erkundungswagen der britischen Armee den Platz. Da sie Voraustrupps waren, zogen sie sich wieder zurück.

In der Umgebung des Platzes „Dam“ versuchten die bis dahin illegalen Truppen der „Niederländischen Streitkräfte des Inneren“, durch die Wehrmacht geplante Sprengungen zu verhindern. Sie entschärften die Zündungen von Explosionsmitteln und nahmen bewaffnete deutsche Soldaten fest.

Vor dem Eckhaus „Groote Club“ am Platz „Dam“ hatten deutsche Soldaten Stacheldrahtsperrern aufgestellt. Marinesoldaten hatten den Überfall auf die unbewaffnete Menge vorbereitet: Auf jedem der vier Stockwerke hatten sie Maschinengewehre aufgestellt. Ab fünfzehn Uhr schossen sie mit langanhaltenden Salven die Menschen nieder. 22 Menschen wurden getötet, mindestens 120 verletzt. Die Menschen flüchteten von dem Platz. Die große Drehorgel diente als Schutz gegen die Kugeln.

Die Ausstellung beweist, daß Fotos und ihr Zusammenhang eine wichtige historische Quelle sind. Aus verschiedenen, einander ergänzenden Blickwinkeln kann der reale Ablauf erkannt werden. Auch insofern ist die Ausstellung ein wichtiger Beitrag zur Frage, welchen Erkenntniswert Fotos haben.

gba

Die Ausstellung ist bis zum 28. April geöffnet, Di. – Fr. 9–13 Uhr, Sa. 10–14 Uhr, u.n.V., Galerie Arbeiterfotografie, Merheimer Str. 107, 50733 Köln-Nippes, U-Bahnstation Florastr.

Bis zum 24. Mai 1999 wird in Köln die Ausstellung: „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1994“ im Kölnischen Stadtmuseum, Zeughausstr. 1-3 gezeigt. Infos unter Tel. (02 21) 22 12 64 94. Kontakt: NS-Dokumentationszentrum, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln

17. April 1999: Bundesweiter Aktionstag von Mehr Demokratie. In 50 Städten soll der von über 200 Prominenten unterstützte „Aufruf für mehr Demokratie“ verlesen werden.

17./18. April 1999: Seminar „Antimilitarismus im Radio“ – Theorie und Praxis pazifistischer Radioarbeit. Ort: Wiesbaden. Kontakt: DFG-VK LV Hessen. Vogelsbergstr. 17, 60316 Frankfurt. Tel. (0 69) 43 14 40, Fax (0 69) 4 99 00 07

23.-25. April 1999: NATO-Gipfel in Washington. Verabschiedung der Strategie der „neuen NATO“, Diskussion über weitere NATO-Beiträge. Parallel dazu findet ein *Alternativ-Gipfel* und eine Demonstration statt, beides vom Freedom Forum durchgeführt.

24. April 1999: Millions for Mumia: An diesem internationalen Tag ruft die Solidaritätsbewegung zu Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Protestaktionen Akti-

onstag für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal auf. Auch in der Bundesrepublik Deutschland sind an verschiedenen Orten Veranstaltungen in Vorbereitung. Erkundigt Euch vor Ort.

8./9. Mai 1999: Energiewende, zukunftsträchtige Arbeitsplätze, lebensfähige Kommunen, 2. Energiepolitische Konferenz der PDS, Leipzig

13. bis 16. Mai: Bundestreffen der Totalen Kriegsdienstverweigerer in Nürnberg. Kontakt: Gruppe Nürnberg, Fürth, Erlangen der DFG-VK, Adam-Klein-Str. 6, 90429 Nürnberg, Tel. (09 11) 2 87 69 71, Fax (09 11) 2 87 65 56

13.-16. Mai 1999: Eurocamp. Ein Treffen zwischen KSCM, PDS, deutschen, französischen und tschechischen Linken in der Tschechischen Republik. Infos und Anmeldung bei Sabine Lichtwald, Zimmer Str. 2, 03044 Cottbus. Tel. 0355/821237.

13. Mai: Sonderparteitag von Bündnis 90/Die Grünen

14. Mai 1999: CDU-Wertekongress in Cottbus

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

28. Mai 1999: 50. Bundesparteitag der F.D.P in Bremen

ADRESSAUFKLEBER

Mit der Unterstützung der Separation und durch vorschnelle Anerkennung der jugoslawischen Teilstaaten sind Chancen verspielt worden, den Schutz der Minderheiten und ein friedliches Nebeneinander zur Bedingung zu machen. So wurde zu einer Polarisierung beigetragen, an deren Ende nunmehr die Sackgasse militärischer Konfrontation steht. Daß diese militärische Konfrontation jetzt durch eine rot-grüne Bundesregierung vorangetrieben wird, beweist die außenpolitische Konzeptionslosigkeit, aber auch erschreckende Geschichtsvergessenheit dieser neuen Regierung. Nachdem die NATO-Bombenangriffe das angestrebte Ziel bisher nicht erreicht haben, mehren sich selbst sozialdemokratische und grüne Politikerstimmen, die nunmehr den Einsatz von Bodenkraften fordern. Dies zeigt, daß die Spirale der Kriegslogik sich fortzusetzen droht.

Im Gegensatz zum DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte, der der rot-grünen Koalition die Unterstützung des DGB zum Vorgehen in Jugoslawien zusicherte, treten wir weiterhin dafür ein, Krieg als Mittel der Politik zu ächten und fordern dazu auf, die NATO-Angriffe gegen Jugoslawien sofort zu beenden. Die offenkundige Erfolglosigkeit der militärischen Angriffe sollte zum Anlaß einer Neubestimmung der Politik genommen werden, um gewaltfreie Lösungen in Verhandlungen anzustreben. Die unterzeichnenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter fordern:

- **den sofortigen Stop der Bombardements;**
- **das sofortige Ende von Verfolgung und Vertreibung der Menschen im Kosovo;**
- **die Einberufung einer Balkankonferenz unter Beteiligung der Regierungsvertreter und der Vertreter aller nationalen Gemeinschaften dieser Staaten;**
- **eine Konfliktregulierung unter der Regie der Vereinten Nationen;**
- **wirksame Soforthilfe für Flüchtlinge aus dem Kosovo.**

Bertold Balzer, Landesbezirksvorsitzender IG Medien Hessen; **Axel Becker**, Mitglied im Hauptvorstand der IG Medien; **Frauke Dittmann**, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft NGG; **Walter Essbauer**, Landesbezirksvorsitzender IG Medien Bayern; **Hinrich Feddersen**, Landesbezirksvorsitzender HBV Hamburg; **Christa Hasenmaile**, stellv. Landesbezirksvorsitzende IG Medien Bayern; **Gottfried Heil**, 2. Bevollmächtigter IG Metall Friedrichshafen; **Detlef Hense**, Vorsitzender der IG Medien; **Ursula Herdt**, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der GEW, Frankfurt/M.; **Roland Hofmann**, Landesbezirksvorsitzender HBV Sachsen; **Rainer Hohner**, Kreisvorsitzender ÖTV Frankfurt/M.; **Roland Hornauer**, Kreisvorsitzender und Mitglied im Hauptvorstand der ÖTV, Erlangen; **Viktor Kalla**, Betriebsratsvorsitzender Frankfurter Rundschau, IG Medien; **Yilmaz Karahasan**, ehem. Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall; **Gisela Kessler**, IG Medien Stuttgart; **Joachim H. Klett**, Gewerkschaftssekretär HBV Düsseldorf; **Dieter Knauf**, 1. Bevollmächtigter IG Metall Waiblingen; **Otto König**, Vorstandsmitglied und 1. Bevollmächtigter IG Metall Hattingen; **Hansjörg Kretzschmar**, Landesvorsitzender AFA-Sachsen; **Hans Kroha**, Landesbezirksvorsitzender HBV Hessen; **Inez Kühn**, stellv. Landesbezirksvorsitzende IG Medien Niedersachsen-Bremen; **Angelo Lucifero**, stellv. Landesvorsitzender HBV Thüringen; **Holger Menze**, Landesbezirksvorsitzender IG Medien Niedersachsen-Bremen; **Margret Mönig-Raane**, Vorsitzende der Gewerkschaft HBV; **Manfred Moos**, Gewerkschaftssekretär, Mitglied der Fachkommission Gewerkschaftspolitik von Bündnis 90/Grüne; **Klaus Pickshaus**, Gewerkschaftssekretär IG Medien Stuttgart; **Bodo Ramelow**, Landesvorsitzender HBV Thüringen; **Uwe Reepen**, Chefredakteur HBV Düsseldorf; **Anne Rieger**, 2. Bevollmächtigte IG Metall Waiblingen; **Günther Schachner**, Vorstandsmitglied und 1. Bevollmächtigter IG Metall Weilheim; **Helmut Schauer**, Gewerkschaftssekretär IG Metall Frankfurt; **Horst Schmitthenner**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall Frankfurt; **Frank Spieth**, Vorsitzender DGB-Landesbezirk Thüringen; **Hans-Jürgen Urban**, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall; **Peter Völker**, Bundessekretär IG Medien; **Ewald Wehner**, ehem. Mitglied im Vorstand der DPG; **Michael Wendt**, Landesvorsitzender der ÖTV-Bayern sowie **mehr als 380 weitere KollegInnen als ErstunterzeichnerInnen.**

Aufgrund der sehr großen Resonanz in nur wenigen Tagen (seit Gründonnerstag mehr als 400 ErstunterzeichnerInnen!) werden bis zum 1. Mai weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner für die Erklärung geworben. Wer die Erklärung unterstützen möchte, wende sich unter Angabe von Namen, Vornamen, Gewerkschaft, Funktion und Anschrift an:

■ **Forum Gewerkschaften c/o VSA-Verlag, Fax 040/280 505 68**
oder e-mail: vsa-verlag@t-online.de

Erklärung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern

NATO-Angriffe sofort beenden!

1. Die NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien machen deutlich, daß militärische Mittel soziale und ethnische Konflikte nur verschärfen und kein Beitrag zu einer humanen Beendigung dieser Auseinandersetzungen sind. Die NATO-Angriffe haben den Rückzug der OSZE-Kräfte aus dem Kosovo erzwungen und den serbischen Ultranationalen den Vorwand gegeben, mit einer Verschärfung von Unterdrückung und Verfolgung der Menschen im Kosovo zu reagieren. Sie stärken faktisch das revanchistische Milosevic-Regime. Wer meint, mit Bombenangriffen eine Konfliktlösung zu erreichen, wird mit der tatsächlichen Logik des Kriegs konfrontiert. Wir halten daran fest: »Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zivilem Wege ohne militärische Gewalt gelöst werden.« (DGB-Grundsatzprogramm 1996)

2. Mit der Verletzung völkerrechtlicher Regeln und der Nichtbeachtung der Notwendigkeit eines UNO-Mandats sind ausgesprochen riskante Entscheidungen getroffen worden, die das bisher geltende System internationaler Beziehungen direkt in Frage stellen und die UNO auf ein Abstellgleis geschoben haben. Der völkerrechtswidrige Einsatz der NATO negiert alle demokratischen Verfahren, sobald diese als hinderlich erscheinen. In der Konsequenz bedeutet dies, daß der Eigenlogik des Krieges keine völkerrechtlichen Grenzen mehr gesetzt sind. Dadurch wird der Einsatz von Bodentruppen und damit die weitere Eskalation des Krieges erheblich erleichtert. An die Stelle politischer Regeln tritt eine rein militärische Sicht, und die NATO wird unter der Führung der USA zur demokratisch nicht mehr kontrollierbaren Weltmacht. Wir setzen uns weiterhin für eine Stärkung der UNO ein: »Die Vereinten Nationen müssen zur allgemein respektierten Weltorganisation für ein friedliches Zusammenleben der Völker, zur Achtung der Menschenrechte und der humanitären Hilfe weiterentwickelt werden.« (DGB-Grundsatzprogramm 1996)

3. Die Politik der ehemals unionsgeführten Bundesregierungen hatte einen erheblichen Anteil an der Verschärfung der Lage auf dem Balkan.